DIE GRÜNEN

KRIEG GEGEN ZIVILISTEN

Bericht über eine Reise im Auftrag des Bundesvorstandes der GRÜNEN nach Palästina und nach Israel vom 27. 1. bis 2. 2. 1988

Von Jürgen Maier, Bundesvorstand

An der Reise nahm außerdem Jakob Moneta, ehemaliger Chefredakteur der "metall" und durch seinen Aufenthalt 1933-47 in Palästina Kenner des Landes, teil. Zwei Vertreter der Vereinigung Demokratischer Juristen, die ursprünglich ebenfalls an der Delegation teilnehmen sollten, reisten bereits eine Woche früher. Ich nahm an dieser Delegation offiziell als Vertreter des Bundesvorstandes teil (Beschluß BuVo 19.1.1988).

Wir besuchten folgende Orte:
Westbank: Ramallah, Nablus, Kalkilya, Flüchtlingslager Balata; Gazastreifen: Gaza, Khan Yunis, Flüchtlingslager: Jabaliya, Khan Yunis, Beach Camp, sowie Ost-Jerusalem.

Die Reise fand statt auf Initiative und Einladung von Angehörigen der von der Deportation nach Libanon betroffenen Palästinenser, die in der BRD leben. In den besetzten Gebieten sprachen wir mit Palästinensern aus allen Teilen der Bevölkerung: Bewohner von Flüchtlingslagern, Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten, Gewerkschafter, Vertreterinnen von Frauenorganisationen, Vertretern des Roten Halbmonds, wir besuchten Krankenhäuser und sprachen mit den von den israelischen Besatzungssoldaten verletzten Opfern des Aufstandes. Wir besuchten von den Soldaten verwüstete Häuser und versuchten, ein Militärgerichtsverfahren zu beobachten, jedoch wurde uns der Zutritt verwehrt.

Außerdem führten wir auch in Israel Gespräche mit Vertretern der Opposition: Abgeordnete der Progressiven Friedensliste und der KP sowie das von massiven Repressionsmaßnahmen betroffene Alternative Informationszentrum in West-Jerusalem und die von der Schließung bedrohte jüdisch-arabische Wochenzeitung Derech Hanitzotz/Tariq al-sharara, der Reservisten-Verweigerer-Organisation Yesh Gvul und dem Vanunu-Komitee.

Über die meisten der Besuche und Gespräche habe ich Notizen angefertigt, die hier nachzulesen sind. Was wir in den besetzten Gebieten erlebten und sahen, übertrifft in seiner Grausamkeit und Brutalität alle Befürchtungen.

Besonders schockierend sind Besuche in den Krankenhäusern im Gaza-Streifen, in denen Verletzte liegen, die in einer Weise zusammengeschlagen wurden, die mich schaudern läßt. Die erklärte Politik des verantwortlichen "Verteidigungs"ministers Rabin, Palästinensern mit dem Schlagstock die Knochen zu brechen, wird mit brutaler Gründlichkeit durchgeführt. Wir sahen Opfer, denen Arme, Beine, Hände, Rippen, ja sogar Schädelknochen zerschlagen wurden, meistens mehreres. Alter: 1-76 Jahre. Besonders brutale Fälle: bettlägerige Kranke wurden noch zusammengeschlagen und mit gebrochenen Knochen oft erst nach Tagen ins Krankenhaus gebracht, weil die Ausgangssperren auch keine Krankentransporte zulassen. Oder Fälle, in denen Palästinensern nicht nur mehrere Knochen gebrochen wurden, sondern die anschließend im bewußtlosen Zustand auch noch von einem Militärjeep überfahren wurden und mit gebrochener Wirbelsäule jetzt gelähmt im Krankenhaus liegen. Andere wurden "verhaftet", indem sie gefesselt an einen Militärjeep gebunden wurden und solchermaßen ins Gefängnis transportiert wurden, und erst nach Tagen ins Krankenhaus gelassen wurden. Viele Verletzungen rühren vom Einsatz von "Tränengas" her. Auf leeren Gasgeschossen ist zu lesen: "WARNUNG: KANN FEUER ENTZÜNDEN. DARF NICHT DIREKT AUF PERSONEN GESCHOSSEN WERDEN, DA LEBENS- ODER VERLETZUNGSGEFAHR. NUR IM FREIEN BENUTZEN." Sie sind Made in U.S.A., Herstellungsdatum: Januar 1988. Das Gas wird regelmäßig in Häuser gefeuert, wie uns vielfach berichtet wurde. Über 70 Totgeburten sind eine Folge dieses Gaseinsatzes in Häusern.

Sog. Tränengas wird auch während Ausgangssperren eingesetzt, so daß die palästinensische Bevölkerung ihm wehrlos ausgesetzt ist. So wurde uns in Kalkilya berichtet, daß an drei aufeinanderfolgenden Tagen während einer Ausgangssperre immer wieder Gas eingesetzt wurde. Die Folgen waren: Mehrere Totgeburten und der Tod eines zwei Monate alten Säuglings, dem ärztliche Behandlung

Andere Grausamkeiten sind der Einsatz besonders scharfer Munition, die extrem verletzend wirkt. Viele - auch Ärzte - berichten uns, es handele sich um Dumdum-Geschos-

se. Es existieren auch Röntgenaufnahmen solcher Schußwunden. Weiterhin werden Gummigeschosse eingesetzt, die allerdings Metallkerne enthalten. Sog. "kollektive Bestraftung" ist die Regel, d.h. wenn in einem Flüchtlingslager etwa ein Stein auf Soldaten geworfen wurde, wird der ganze Häuserblock, in dem der Vorfall geschah, von der Armee attackiert: Soldaten stürmen in jedes Haus, schlagen alle BewohnerInnen zusammen und zertrümmern sämtliches Mobiliar. Andere Formen "kollektiver Bestrafung" sind etwa Vorfälle, wie sie uns in Kalkilya berichtet wurden: jugendliche Männer eines Häuserblocks wurden gezwungen, nachts stundenlang nackt im Regen zu knien.

Ein anderes Beispiel: Das Flüchtlingslager Jabalia im Gazastreifen wurde von Panzern verwüstet, die Häuser demolierten und Wasserleitungen aufrissen, um das Lager teilweise unter Wasser zu setzen. Jabalia war der Ausgangspunkt des Aufstandes. Immer wieder wurde uns erklärt, man habe die britische Besatzung erlebt, die ägyptische bzw. jordanische Besatzung erlebt, aber das, was unter der israelischen Besatzung passiere, sei in dieser Grausamkeit noch nie vorgekommen.

Bei dieser entsetzlichen Brutalität handelt es sich jedoch nicht um Exzesse einzelner Soldaten oder Ausnahmefälle. Sie sind Bestandteil einer erklärten Politik der "eisernen Faust", mit der der Widerstandswille der Palästinenser gebrochen werden soll. Aus allen Gesprächen mit Palästinensern hatte ich jedoch den Eindruck, daß das Gegenteil davon erreicht wird. Es ist beeindruckend, mit welcher Entschlossenheit und Geschlossenheit die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten und zunehmend innerhalb Israels sich an dem Aufstand beteiligt, bzw. ihn unterstützt: "Wir haben keine andere Wahl".

Die Händler in den besetzten Gebieten streiken seit nunmehr 50 Tagen. Alle Versuche, die Läden gewaltsam zu öffnen, scheitern, weil sie sofort wieder geschlossen werden, sobald sich die Soldaten entfernen. Es existiert ein beeindruckendes Netz von Selbsthilfe, z.B. mit Nahrungsmitteln, unter der palästinensischen Bevölkerung. In allen Gesprächen wurde uns immer wieder gesagt, daß es den Palästinensern nicht darum geht, eine "freundlichere Behandlung" durch die Besatzungssoldaten oder besseren Lebensstandard in den Flüchtlingslagern o.ä. durchzusetzen. Es geht ihnen darum, endlich ihre legitimen Rechte als Volk zu verwirklichen, d.h.: Abzug der Israelis und einen eigenen Staat. Alle "Autonomieideen" gehen an dieser Tatsache völlig vorbei, weil sie an der Besatzung nichts ändern. Die PLO ist im Land mit einer umfassenden Infrastruktur vertreten, die alle Bevölkerungsschichten umfaßt. Sie bestimmt die politische Richtung des Aufstandes und gegen sie kann niemand agieren; auch nicht islamisch-fundamentalistische "Jihad". In allen Gesprächen wurde uns mit aller Deutlichkeit gesagt, daß nur die PLO die legitime Vertretung der Palästinenser sei, mit der das palästinensische Volk auf einer internationalen Friedenskonferenz vertreten sein könne.

Die palästinensische Bevölkerung will heute eine politische Kompromißlösung mit Israel und einen Staat an der Seite Israels mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Das israelische Establishment ist dazu nicht bereit. So schockiert es von der Intensität des Aufstandes ist, so wenig ist es bereit, die Existenz des palästinensischen Volkes anzuerkennen und ihm mehr als Autonomie über Müllabfuhrtermine einzuräumen. Wenn sich an der israelischen Weigerung, die Besatzung zu beenden, den Anspruch auf ganz Palästina aufzugeben, alle Kolonialisierungspläne aufzugeben und sich auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen, nichts ändert, dann dürfte der bisherige Verlauf des Aufstandes nur der Beginn einer Tragödie sein.

Ost-Jerusalem, 27. 1. 1988
Gespräch mit M., führendes Mitglied der Health Care Committees West Bank, und mit S., führendes Mitglied Women's Work Committees

Wir informieren uns über die aktuelle Lage der Besatzung und des Aufstandes. Wir erhalten detaillierte Informationen, wie die Besatzungsmacht derzeit vorgeht und zu welchen Brutalitäten sie greift. All das sollten wir später noch eingehender sehen. Was wir bereits jetzt erfahren, ist schlimm genug: die Politik der "kollektiven Bestraftung" (ganze Wohnviertel werden besonders nachts von der Armee gestürmt, und alle Bewohner zusammengeschlagen, Leute an den Haaren aus dem Bett gezerrt, ein Jahr alte Babies an die Wand geworfen, Einsatz von Tränengas im Hausinnern mit der Folge vieler Totgeburten bei Schwangeren), die Politik des Knochenbrechens (mit Hammer, Schlagstock u. dgl.) und ähnliche Brutalitäten.

Doch die Moral des Aufstandes sei nach wie vor hoch. Der Aufstand werde noch länger andauern. Die Leute hätten keine Angst mehr, sie hätten vielmehr das ganz eindeutige Gefühl, keine andere Wahl mehr zu haben. Die Palästinenser seien fest entschlossen, die Besatzung nicht länger hinzunehmen, die Frustration und Perspektivlosigkeit habe einer Entschlossenheit Platz gemacht. Alle Sektoren der palästinensischen Gesellschaft seien in dieser Frage vereint - auf Nachfragen wird bestätigt, das gelte auch für Islamic Jihad - es gebe eine neue lokale leadership, die den Aufstand koordiniere. Wäre der Aufstand bloß spontan, wäre er nach 10 Tagen beendet gewesen, wir sollten da nicht auf israelische Propaganda hereinfallen. Die PLO habe großen Einfluß im Land. Die wachsende Einheit des palästinensischen Volkes beziehe auch die israelischen Araber mit ein. Diese würden zunehmend ihre Solidaritätsaktivitäten koordinieren statt wie bisher individuell etwas zu machen. Alle, absolut alle, seien von der Besatzung betroffen!

In der israelischen Gesellschaft wachsen die Spannungen. Sie berichten vom "Fall Amirav", dem Cherut-ZK-Mitglied mit PLO-Kontakten. Mit Amirav seien 13 Cherut-ZK-Mitglieder zurückgetreten (Cherut ist die größte Partei des Likud-Bündnisses). Die palästinensische Wirtschaft sei inzwischen völlig von der israelischen abhängig gemacht worden. Widerstandsmethoden beziehen auch ökonomischen Widerstand mit ein, so z.B. der Streik palästinensischer Arbeiter aus den besetzten Gebieten, die in Israel arbeiten. 50-70.000 Arbeiter aus dem Gazastreifen pendeln täglich zur Arbeit nach Israel, diese streiken jetzt zum größten Teil. Diese bringen wirkliche Opfer und leiden unter erheblicher Not, weil es keine Streikgelder u. dgl. gibt. Nicht so sehr leiden die Kaufleute, die jetzt im 40. Tag streiken. Diese seien ohnehin wohlha-

bender und würden teilweise einige Stunden am Tag die Läden öffnen. Diese Widerstandsform schädigt die israelische Wirtschaft allerdings kaum.

Der Aufstand werde in erster Linie unter konkreten Forderungen wie Selbstbestimmung, Abzug der Besatzungstruppen, für einen palästinensischen Staat, für eine internationale Friedenskonferenz geführt. Dazwischen gebe es viele Zwischenforderungen.

Auf die Frage, ob als Reaktion der israelischen Rechten Massendeportationen möglich wären, antworten sie, natürlich gebe es Leute, die so etwas erwägen. Aber das sei nicht so einfach. Selbst wenn sich die Leute deportieren ließen, würde das die gesamte Region massiv destabilisieren, insbesondere auch die arabischen Regime, vor allem Hussein. Daran hätten insbesondere die USA überhaupt kein Interesse, und deswegen sei mit Massendeportationen einstweilen nicht zu rechnen.

Nablus, 28. 1. 1988

Wir treffen zwei führende Mitglieder der palästinensischen Nationalbewegung, nachdem wir über eine Stunde erfolglos versuchten, einen Militärgerichtsprozeß im schwerbewachten Militärgerichtsgebäude zu beobachten. Man verweigerte uns den Zutritt - "Befehl ist Befehl". Was haben die wohl zu verbergen?

Wir sehen uns dann die Stadt an - die Militärpräsenz ist beachtlich. In dem Gespräch betonen unsere Geschäftspartner, daß es bei dem Aufstand nicht um schlechte ökonomische Zukunftaussichten der palästinensischen Bevölkerung gehe. Die gebe es zwar auch, aber der Aufstand werde für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes geführt. Wäre bloß Frustration Ursache des Aufstandes, würde er nicht so umfassend sein und nicht so lange dauern. Nach 20 Jahren Besatzung habe man einfach keine andere Wahl mehr, als das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Der Aufstand werde geführt und gemeinsam koordiniert von den verschiedenen Fraktionen der PLO. Das sei von außen sehr schwierig zu sehen, aber das liege in der Natur der Sache.

Die gegenwärtigen Forderungen, unter denen der Aufstand laufe, seien von der Untergrund-Führung des Aufstandes - der neuen local leadership - beschlossen worden. Dies sei Teil einer umfassenderen Strategie, die größeres Gewicht auf praktische Ansatzpunkte lege und weniger Gewicht auf große Generalforderungen. Diese Zwischenschritte seien integraler Bestandteil einer Gesamtstrategie. Es handele sich dabei um:
1. Alle Notstandsgesetze aus der britischen Mandatszeit müssen aufgehoben werden. Sie müssen durch die Genfer Konvention von 1948, die die Rechte der Zivilbevölkerung unter Besatzungsrecht regelt, ersetzt werden, von der Israel behauptet, sie könne nicht auf die besetzten palästinensischen Gebiete angewandt werden.
2. UNO-Sicherheitsrat solle UNO-Truppen in die besetzten Gebiete entsenden,
3. die Politik der "eisernen Faust" müsse beendet werden, die Militärgefängnisse müßten beseitigt werden, alle Gefangenen müßten freigelassen werden,
4. internationale Friedenskonferenz mit der PLO. Hana Siniora's Besuch bei Shultz sei schädlich, solche Verhandlungen können nur auf einer internationalen Konferenz stattfinden, und dort sei nur die PLO befugt, für das palästinensische Volk zu sprechen.

Es zählt eine Reihe weiterer Punkte auf, z.B. Abschaffung der Besatzungssteuern. Diese Punkte seien nur Zwischenschritte zum Ziel der Verwirklichung der palästinensischen Selbstbestimmung. Er appelliert an alle, das palästinensische Volk in seinem Kampf zu unterstützen.

Frage: Hat der Aufstand spontan begonnen, ohne von der PLO ausgerufen worden zu sein, und treffe es zu, daß die PLO-Kader in den Gebieten dann die Führung übernommen haben? Es gebe natürlich keinen Knopf, auf den man drücken könne, um einen Aufstand zu beginnen, aber es habe einen Zustand gegeben, in dem alle Teile der Bevölkerung bereit zum Aufstand waren, in dem es nur noch eines Funkens bedurft habe. Der Beginn der Revolution könne von niemand kontrolliert werden. Aber es sei offensichtlich, daß dieser Aufstand eine neue Qualität habe. Nicht nur einzelne Teile der Gesellschaft beteiligen sich, sondern alle. Die nationale Frage stehe über dem Klassengegensatz innerhalb der palästinensischen Bevölkerung.

Alle Strömungen, die den Aufstand tragen, stünden in Übereinstimmung und Kontakt mit der PLO im Ausland. Die lokale leadership koordiniere sich mit der PLO. Alle kämpften entlang der PLO-Politik, von einigen Verrätern abgesehen. Auch die Jihad koordiniere sich mit der PLO. Sie habe sich von der islamischen Bewegung abgespalten, und sei Teil der lokalen leadership. Es habe zwar lange gedauert, bis sich Jihad entschlossen habe, mit der PLO zusammenzuarbeiten, aber sie tun es.

Ob Jihad unabhängig von der islamischen Geistlichkeit arbeite, wie die lateinamerikanischen Befreiungstheologie, oder mit ihr, wie Khomeini? Die palästinensische Bevölkerung kämpfe unabhängig von ihrer Religion für ihre Befreiung. Die Besatzung habe die Teilung der palästinensischen Bevölkerung in Klassen verschärft, nicht eine Teilung in religiöse Gruppen. Die palästinensische Gesellschaft sei eine Klassengesellschaft. Aber sie sei einig im Kampf gegen die Besatzung. Die PLO sei pluralistisch, dies entspreche der palästinensischen Klassengesellschaft.

Aber Palästinas Zukunft werde demokratisch sein, nicht theokratisch! Israel, Ägypten und Jordanien seien daran interessiert, Jihad als die Führung des palästinensischen Befreiungskampfes darzustellen, um diesen zu diskreditieren. Ob Israel Jihad indirekt in der Vergangenheit unterstützt habe, um die PLO zu schwächen? Israel versuche immer, die Palästinenser zu entzweien. Während der 70er Jahre und bis 1987 seien islamisch-fundamentalistische Strömungen, die nicht Jihad sind, indirekt von Israel unterstützt worden. Aber mit Jihad, die sich von diesen Strömungen abgespalten habe und zum bewaffneten Kampf aufrufe, sei Israel schwerlich glücklich. Israel sehe Jihad jetzt als genauso gefährlich an wie die marxistischen Strömungen. Die anderen islamisch-fundamentalistischen Gruppen könnten heute noch frei agieren. Jihad und islamischer Fundamentalismus habe einiges Gewicht in Gaza, aber nicht in der Westbank. Auf seine wiederholten Bezüge zu marxistisch-leninistischen Strömungen im Aufstand angesprochen,

und ob er damit die palästinensische KP meine, antwortet er, die Marxisten-Leninisten würden sich aktiv am Aufstand beteiligen und ihn vorantreiben, während die PCP lediglich die politischen Früchte des Aufstandes miteinsammle.

Als wir Nablus verließen, wehte auf dem israelischen Militärgefängnis trotz der scharfen Absperrungen eine palästinensische Flagge . . .

Balata Flüchtlingslager, 28. 1. 1988

Das Lager ist unter Militärbewachung, wir gelangen über einen Umweg unbemerkt ins Lager. Balata war massiv unter Armeerepression, ständige Ausgangssperren, erst vor zwei Tagen sei sie aufgehoben worden. Mehrere Tote seien zu beklagen. Wir besuchen ein Haus, in dem die Armee gewütet hat. Immer wieder werde Tränengas eingesetzt, auch aus Hubschraubern werde es abgeworfen, trotz ausdrücklichem Verbot auf den Behältern werde es auch in Häuser geschossen.

Verschiedene Lagerbewohner berichten uns von willkürlichen Übergriffen und Verhaftungen der Armee, auch gegen Frauen und Kinder. Die Armee habe einige strategisch erhöhte Punkte im Camp besetzt, um das ganze Lager überblicken zu können und die Ausgangssperren durchsetzen zu können. Dennoch werde es für die Soldaten immer gefährlicher, sich ins Lager zu wagen, sie würden trotz ihres Terrors erst recht mit Steinen beworfen. "Sie sollen endlich abziehen, wir wollen Freiheit, die Israelis sollen gehen!"

Kalkilya, 28. 1. 1988

In dieser Stadt unmittelbar an der Grenze zu Israel besuchen wir Opfer des Aufstandes. Auf der Fahrt sehen wir immer wieder Siedlungen, die sich die besten Ländereien unter den Nagel gerissen haben, scharf bewacht sind, einen 10-km-Sicherheitsabstand zur palästinensischen Bevölkerung verlangen und unter Bewachung stehen. Eine sichtbare Kolonisationspolitik, die nur Hass hervorrufen kann. Auf der Fahrt müssen wir mehrfach Umwege fahren, weil Ortschaften entlang der Hauptstraße unter Ausgangssperre stehen.

Kalkilya lebt überwiegend von Landwirtschaft und Früchteanbau. Die landwirtschaftlichen Flächen, von denen Kalkilya lebte, wurden nach 1948 israelisch. In mühsamer Arbeit machten sie neue Berghänge urbar, und jetzt sollen diese von den Israelis erneut beschlagnahmt werden. "Wovon sollen wir denn leben?" Die Besatzungspolitik produziert offen und gezielt Verbitterung - es handelt sich um eine Verdrängungspolitik. Wir besuchen dann Opfer des Aufstandes.

Ein 15jähriger Junge, dessen Unterschenkel von scharfer Munition durchschossen wurde, hat zwar sichtlich große Schmerzen, erklärt aber, er bereue nichts, habe keine Angst, werde den Aufstand auch weiter unterstützen, denn so gehe es nicht weiter, auch die Palästinenser seien Menschen, keine Tiere. Ein anderer Jugendlicher wurde mit einem metallbesetzten Gummiband geschlagen, und damit am Ellbogen schwer verletzt, gleichzeitig ist sein Knie beschädigt, weil ein Gummigeschoß aus nächster Nähe auf das Knie gefeuert worden sei.

Er berichtet von Foltermethoden, wie z.B., daß in einem Viertel Kalkilyas männliche Jugendliche gezwungen worden seien, nachts im strömenden Regen stundenlang nackt im Freien zu knien. Er selber sei nach 15 Tagen aus dem Krankenhaus geholt und ins Gefängnis gebracht worden. Er berichtet von einem Freund, der in den Arm geschossen worden war und dem der Richter während des Militärgerichtsprozesses erklärt habe, er (der Richter) würde ihn lieber ganz ohne Arm sehen, um ihn dann zu 40 Tagen Knast zu verurteilen.

Einige Häuser weiter: Diese Familie hat einen zwei Monate alten Säugling verloren, weil während Ausgangssperre an drei aufeinanderfolgenden Tagen Tränengas eingesetzt wurde und sie dem Gas nicht entfliehen konnten und auch den Säugling nicht in ärztliche Behandlung bringen konnten. Ausgangssperre ist Ausgangssperre. Das Gas werde auch während Ausgangssperren in Häuser gefeuert. Das Militär betrete Häuser notfalls auch über das Dach, verprügele alle Anwesenden. "Kollektive Bestrafung" sei das. Eine Bekannte habe im 7. Monat eine Fehlgeburt gehabt, wegen dem Gas.

Aber alle unsere Gesprächspartner sind sich einig: Der Aufstand müsse weitergehen, die Israelis müssen abziehen, wir wollen Frieden.

Schwierig gestaltet sich die Rückreise nach Jerusalem. Kaum ein Taxifahrer ist nach Einbruch der Dunkelheit noch bereit, uns zu fahren, weil alle Angst haben vor Siedlern und Soldaten. Schließlich gelingt es uns, in vier Etappen nach Jerusalem zu kommen: Kalkilya-Nablus-Ramallah-Ramallah 2-Jerusalem.

Ost-Jerusalem, 29. 1. 1988
Gespräch mit verschiedenen Rechtsanwälten am Rande eines Rechtsanwälte-Treffens

Die Anwälte haben kaum eine Chance, Palästinenser vor der Willkür der Besatzungsmacht zu schützen. Wir sprechen über die allgemeine Lage, die Einschätzungen decken sich im großen und ganzen mit denen aus unserem ersten Gespräch.

West-Jerusalem, 29. 1. 1988
Besuch des Alternative Information Center

Dieses Zentrum ist ein gemeinsames jüdisch-palästinensisches Projekt, das unterdrückte Nachrichten hpts. aus den besetzten Gebieten an die Öffentlichkeit und die Auslandspresse bringt. Es wurde im Februar 1987 per Administrativverfügung für sechs Monate geschlossen, alles Inventar beschlagnahmt und bis heute nicht herausgegeben, und der Leiter zwei Wochen intensiv verhört und mit einem Verbot, das AIC zu betreten, belegt (er ist Israeli). Es ist ganz schön erschütternd, zu sehen, wie der angebliche demokratische Rechtsstaat Israel mit Leuten umgeht, die nichts weiter tun als informieren. Näheres in den Papieren im Anhang, die wir mitnahmen. Adresse: The Alternative Information Center, PO Box 165, 14 Koresh St, Jerusalem, Israel. Tel. 02-241 159.

Ost-Jerusalem 29. 1. 1988
Gespräch mit M., führendes Mitglied der Gewerkschaftsbewegung der West Bank

Im Gegensatz zum Gazastreifen gibt es in der Westbank durchaus noch einiges an Industrie und Arbeitsplätzen. Es gebe drei Gewerkschaften, die nicht nach Branchen aufgegliedert seien, die sich hauptsächlich durch ihre Position zu den Arbeitgebern unterscheiden. In der nationalen Frage seien sie sich völlig einig. Er erklärt, seine Gewerkschaft sei auf dem Standpunkt, daß man schon heute die Interessen der Arbeiter vertreten müsse, nicht erst nach der Befreiung. Aber die nationale Frage habe Priorität.

In den anderen Gewerkschaften hätten auch leitende Angestellte Führungspositionen. Seine Gewerkschaft sei die größte und die konsequenteste, was die Vertretung der Arbeiterinteressen angehe, genannt: Bund der Arbeiter der Westbank. Alle drei Gewerkschaften zusammen hätten ca. 60.000 Mitglieder. In den besetzten Gebieten gebe es über 200.000 Arbeiter, die in den Gebieten und Israel arbeiten. Zu den drei Gewerkschaften gebe es noch zusätzlich Lehrerverband, Ingenieursvereinigung, Krankenhausbeschäftigten-Vereinigung, aber keinen Dachverband wie den DGB.

Sein Bund der Arbeiter organisiere nur wirkliche Arbeiter, nicht alle Arbeitnehmer. Mit 30.000 Mitgliedern sei er die größte Gewerkschaft in der Westbank. Sie haben internationale Verbindungen, sind aber weder im IBFG noch im WGB Mitglied.

Die Arbeiter aus den besetzten Gebieten haben kein Recht, der Histadrut beizutreten, sie dürfen auch nicht der Histadrut-kontrollierten Krankenkasse beitreten. In Ost-Jerusalem können sie der Histadrut beitreten, tun es aber nicht, sondern treten lediglich der Krankenkasse bei. In der Westbank arbeitet seine Gewerkschaft immer noch nach jordanischen Gewerkschafts-Gesetzen.

Sie haben vor einiger Zeit einen Antrag gestellt, dem Weltgewerkschaftsbund (Prag) beizutreten, dieser sei jedoch abgelehnt worden. Ob die anderen beiden Gewerkschaften Mitglied einer internationalen Vereinigung sind, weiß er nicht.

Er selber war oft verhaftet, wurde in U-Haft auch geschlagen, um Geständnisse zu erzwingen. Er hatte längere Zeit Verbot, seine Heimatstadt zu verlassen.

In Gaza gibt es andere Gewerkschaftsstrukturen (s. späteres Gespräch). Es sei nicht einfach, zu größerer Einheit zu kommen. Vor 1967 waren die Gewerkschaften im Gazastreifen nach den ägyptischen Gesetzen und Strukturen organisiert, in der Westbank nach jordanischen. Mit den regierungskontrollierten jordanischen Gewerkschaften hat seine Gewerkschaft keine Verbindungen. Aber in Tunis sei der Sitz einer internationalen Föderation palästinensischer Gewerkschaften aus vielen Ländern. Auf den Widerspruch zwischen Äußerungen, die den gemeinsamen demokratischen Kampf aller Klassen der palästinensischen Bevölkerung für ihre nationalen Rechte und den Kampf für die Rechte der Arbeiter innerhalb der palästinensischen Bevölkerung bereits vor der Unabhängigkeit betreffen, angesprochen, erklärt er, natürlich gebe es hier einen Widerspruch. Der Klassenkampf werde durch die Besatzung nicht gestoppt. Aber es sei klar, daß die nationale Befreiung Priorität habe, das zeige auch die Praxis. Aber es gebe auch Leute, die das anders sehen.

Sowohl die Kaufleute in den besetzten Gebieten als auch die Arbeiter streiken seit Beginn des Aufstandes. Um den Streik der Arbeiter zu brechen, gebe es aus Regierungskreisen jetzt den Vorschlag, das Verbot für Arbeiter aus den besetzten Gebieten, in Israel zu übernachten, aufzuheben und damit die Belastung durch lange Anfahrtswege zu reduzieren. Das zeige, daß die israelischen Arbeitgeber vom Streik ernsthaft betroffen seien. Anfangs sei damit gedroht worden, die Palästinenser aus den besetzten Gebieten alle zu entlassen und durch Arbeiter aus Europa und dem Süd-Libanon zu ersetzen (Vorschlag des Arbeitsministers Moshe Katzav). Da hätten die Palästinenser nur müde gelächelt. Kein Arbeiter sei so blöd, wegen eines Stundenlohns von 2 Shekel (DM 2.30) nach Israel zu kommen, und auch im Libanon fände man dafür vielleicht 1000, aber nicht 150.000 Leute. Aus den besetzten Gebieten arbeiten ca. 150.000 in Israel. 65% davon seien Bauarbeiter, die israelische Bauindustrie sei vom Streik stark betroffen. 68% aller israelischen Bauarbeiter sind ihrerseits Araber. 25% der Arbeiter aus den besetzten Gebieten arbeiten in der Landwirtschaft in Israel. Auch am Bau gebe es nur ganz wenige Facharbeiter aus den besetzten Gebieten, obwohl es genügend qualifizierte Palästinenser gebe.

Die Sicherung des Lebensunterhalts der streikenden Arbeiter sei derzeit ein großes Problem. Sie hätten im Gegensatz zu den Händlern kaum Reserven. In den Lagern bekommen nur wenige UNRWA-Unterstützung. Aus den Dörfern und Städten werde Nahrungshilfe in die Lager gebracht, denn aus den Lagern kämen die meisten Arbeiter. Auch reiche Palästinenser und diejenigen, die aus irgendwelchen Gründen nicht streiken, z.B. Hotelangestellte, würden quasi besteuert, um die Streikenden zu unterstützen.

Der schlimmste Feind der Palästinenser, Industrieminister Sharon, habe jetzt selber zugegeben, um den Streik zu brechen, müsse man den Palästinensern denselben Lohn zahlen wie den Israelis. Israelische Palästinenser erhalten zwar denselben Lohn wie jüdische Israelis, aber würden anderweitig diskriminiert, z.B. was Beförderung angeht oder Einstellung auf höhere Positionen wie z.B. Facharbeiterjobs. Es herrsche ein täglicher Rassismus, der sich schon in der Sprache ausdrücke: "dreckiger Araber" sei ein gewöhnliches Schimpfwort, während zu großen und blonden Israelis anerkennend gesagt werde "du bist nicht wie ein Araber".

Das Verbot, in Israel zu übernachten, bedeute für die Arbeiter aus den besetzten Gebieten, tägliche Fahrten von bis zu zwei Stunden hin und zwei Stunden zurück. Illegalerweise komme es vor, daß Arbeitgeber sie in Israel übernachten lassen, aber in diesen Fällen würden sie in der Fabrik eingeschlossen oder in winzigen Zimmern, in denen bis zu zehn Arbeiter schlafen müssen. Es sei vorgekommen, daß bei Bränden dann alle umgekommen seien, weil sie eingeschlossen waren. Der Tagesverdienst liege bei 10 bis 15 Shekel. Es gebe Abzüge aller Art, von

den Steuern, die sie genauso wie die Israelis zahlen müssen, über die Sozialversicherungs- und Histadrut-Beiträge, die sie ebenfalls wie die Israelis bezahlen müßten, ohne Histadrut-Mitglied werden zu können. "Taxation Without Representation". Wie sehr sich Israel aus den besetzten Gebieten finanziere, zeige auch die Tatsache, daß auch die Arbeiter aus den besetzten Gebieten 1982 die Sonder-Kriegssteuer für den Libanonkrieg bezahlen mußten. Auch die sogenannte "Verteidigungssteuer" müßten sie bezahlen, d.h. die Kosten ihrer Besatzung.

Wie lange sie den Streik durchhalten können? Es gebe kein Zurück mehr zum Zustand vor dem Streik, das Volk wolle jetzt endlich konkrete Verbesserungen ihrer Lage sehen. Alles sei in Bewegung. Die Palästinenser hätten viel gelernt, sie wenden sehr flexible Taktiken an. So könnten die Läden etwa zwei bis drei Stunden am Tag durchaus öffnen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Auch regional und lokal wende man unterschiedliche Taktiken an, es könne in der einen Stadt heute völlig ruhig und in der anderen ganz heiß sein. Heute sei Gaza etwa ruhig, während in Ramallah es absolut abgehe. Man würde inzwischen auch anfangen, den Steuerboykott zu praktizieren.

Es gehe darum, die Kontrolle der Israelis über die Gebiete ihnen Schritt für Schritt zu entziehen. Die Militärregierung habe bis zum 1. 2. die Schulen geschlossen. Wenn sie wieder geöffnet haben, könne es sein, daß die Palästinenser einen Schulboykott ausrufen. Schließe die Regierung dann die Schulen wieder, könne man eine Kampagne für das Recht auf Bildung machen - Bildung ja, aber keine zionistische. Das sei jetzt nur ein hypothetisches Beispiel.

Das mit dem Steuerboykott sei schwierig, ja, den Arbeitern werde die Steuer vorher abgezogen. Bei Selbständigen, Hotels usw. gehe es aber. Sie fordern, daß die Histadrut-Beiträge der palästinensischen Arbeiter an die palästinensischen Gewerkschaften gehen. Offiziell bestehe für die in Israel arbeitenden Palästinenser aus den besetzten Gebieten ein Verbot, Gewerkschaften beizutreten, aber sie machen es trotzdem. Ob es Unterschiede im Streikverhalten Westbank/Ostjerusalem gebe? Nein. Die Ost-Jerusalemer seien im Gegenteil besonders stark engagiert. Das "eine Jerusalem" bestehe nur in den Köpfen der Israelis, aber nicht in der Wirklichkeit. Selbst Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem, habe jetzt gesagt, was Israel in Jahren an Wiedervereinigung aufgebaut habe, sei jetzt in Tagen wieder zerbrochen.

Diese Nacht sei vom Hubschrauber aus Tränengas über Shufat, einem Stadtteil Ost-Jerusalems, abgeworfen worden. In anderen Teilen Ost-Jerusalems, z.B. Anata, seien palästinensische Männer heute nacht gezwungen worden, auf der Straße aufgereiht niederzuknien, zusammengeschlagen und gezwungen worden, bis zum Morgen so zu verbleiben. Alle Männer über 24 seien davon betroffen gewesen. 70 Palästinensern sei dabei die Hand gebrochen worden. Es werde sehr häufig verboten, über solche Vorfälle zu berichten (Zensur).

Auch die palästinensische Presse unterliege der Repression. So sei die Zeitung El Kuds jetzt von einem Vertriebsverbot außerhalb Jerusalems für 45 Tage betroffen. Grund: ein Bericht über einen Angriff auf israelische Soldaten im Südlibanon, den die Zeitung aus der israelischen Presse zitiert hatte. Öfter würden Zeitungen auch einfach ganz verboten. Mit der Zensur sei es so, daß es in der Regel allgemeine Weisungen für die Redaktionen gebe, die beliebig interpretierbar seien. Es würden die Texte aber vorher nicht gelesen. Zitate aus der hebräischen Presse fielen zwar nicht unter die Berichtsverbote, aber trotzdem würden auch deshalb inzwischen Verbote ausgesprochen. Auch wegen Fotos würde zensiert. Die Zeitungen seien verpflichtet, bezüglich Verhaftungen, Todesopfer, Verletzungen usw. nur offizielle Zahlen zu nennen. Für Ausländer sehe die israelische Presse demokratisch aus, oppositionelle Meinungen könnten veröffentlicht werden. Die Zensurbestimmungen für die hebräische und englischsprachige Presse kennt er nicht, aber die Palästinenser lesen normalerweise eben die arabische Presse. Auch jüdische Journalisten seien schon verprügelt worden, wenn sie über Vorfälle schreiben wollten und dabei waren, über die das Militär nicht gerne berichtet haben will.

Ob es verboten sei, die Auslandspresse zu zitieren? Weiß er nicht, aber offiziell sei es auch erlaubt, die hebräische zu zitieren, und faktisch würden deshalb doch Verbote ausgesprochen, warum solle es bei der Auslandspresse anders sein?
Wichtig sei in jedem Fall die internationale Unterstützung für die Rechte des palästinensischen Volkes und seinen Kampf.

Gaza Town, 30. 1. 1988
Gespräch mit Yusra Barbari, Vorsitzende der palästinensischen Frauenunion

Die Organisation sei 1946 gegründet worden und umfasse im Gegensatz zu dem Women's Work Committees nicht nur berufstätige Frauen, sondern alle. Sie betreibe im Gazastreifen 5 Zentren, mit denen Bildungs- und Gesundheitsniveau der palästinensischen Frauen verbessert würden. In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz würde insbesondere der Analphabetismus bekämpft. Außerdem würden Kindergärten und Kindertagesstätten betrieben. Weitere Aufgaben seien die Unterstützung für Familien, deren Männer im Gefängnis sind. Die 400 aktiven Mitglieder würden so über 5000 Menschen versorgen. Die Regierung versuche ihre Aktivitäten nach Kräften zu behindern, für alles mögliche bis hin zum Betrieb von Kindergärten seien Genehmigungen erforderlich, die in der Regel nicht erteilt würden. Selbst die Entgegennahme von Geld aus dem Ausland sei verboten. Die Organisation habe ca. 60 Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Auch Frauen und Mädchen würden von der Brutalität der Israelis nicht verschont, selbst Mädchen würden die Knochen gebrochen.

Auf die für uns überraschend aktive Rolle der Frauen im Aufstand angesprochen, erwidert sie nur, die palästinensischen Frauen seien seit der Balfour-Deklaration im Widerstand. Was sollen sie denn anderes machen, wenn die Männer verhaftet werden, wenn die Häuser vom Militär gesprengt werden usw. ? Sie sei jetzt 64, sie könne uns viel erzählen, wie sehr die palästinensische Frau den Widerstand trage. Viele Frauen seien jetzt gezwungenermaßen die Brotverdienerinnen ihrer Familien.

Der Aufstand sei im Gazastreifen besonders intensiv, ebenso die israelische Repression. 200-300 Menschen im Gazastreifen seien wegen schwerer Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert worden. Auch im Gefängnis würden die Palästinenser zusammengeschlagen. Viele auch schwer Verletzte gehen nicht ins Krankenhaus, weil sie es sich nicht leisten können oder Angst vor Verhaftungen haben, deshalb sei die Zahl der ernsthaft Verletzten höher, 31 seien erschossen worden, andere starben an Tränengas. Etwa 50 Frauen im Gazastreifen hätten Totgeburten wegen des Gases gehabt. Sie zeigt uns Gasbehälter: "dangerous", "for outdoors use only", "Made in USA" von einer Firma in Pennsylvania, deren Name unleserlich ist, Herstellungsdatum: Januar 1988.

Gaza Town, 30. 1. 1988
Gespräch mit Haider Abdel Shafi, Vorsitzender des Roten Halbmonds des Gazastreifens

Seit Camp David hätten die Israelis mit einer Zuckerbrot- und Peitschen-Politik versucht, den Palästinensern die "Autonomie" schmackhaft zu machen. Aber was sei das denn, wenn bei einer Gesamtbevölkerung von 650.000 im Streifen 2000 israelische Siedler auf 33% des Lands sitzen? Der Gazastreifen sei eines der dichtbesiedeltsten Gebiete der Welt, wie Hong Kong. Israel wolle die Palästinenser vollends vertreiben. Gerade im Gazastreifen sei der Aufstand auch ein Resultat dieser Verdrängungspolitik. Diese Besatzung sei eine andere als die ägyptische oder die britische, es sei eine Siedlerbesatzung, eine kolonialistische Besatzung. Das verursache den Aufstand, nicht einige troublemakers.

Ob ein palästinensischer Staat in der Westbank und Gaza möglich sei, angesichts der erdrückenden Probleme eines Gebiets wie des Gazastreifens? Die Bewohner des Streifens und der Westbank seien alles Palästinenser, er unterscheide da nicht.

Das palästinensche Volk wolle nichts mehr als Frieden, und den könne es nur geben, wenn beide Seiten in einer zufriedenstellenden Situation leben können. Im Rahmen einer Friedenslösung müsse und könne auch das Problem der Bevölkerungsdichte im Gazastreifen gelöst werden Was er vom Vorschlag des Tel Aviver Bürgermeisters Lahat halte, Israel solle aus den besetzten Gebieten abziehen und zu ihrer Industrialisierung beitragen? Einfach nur abziehen sei noch keine Lösung. Ein gerechter und fairer Frieden sei notwendig. Es gebe viele riesige Probleme über die israelische Truppenpräsenz hinaus, die für eine dauerhafte Lösung gelöst werden müssen.

Ob er eine Lösung befürworte, die etwa so aussehe, daß Israel und ein palästinensischer Staat in der Westbank und Gaza sich gegenseitig anerkennen? Er sei Realist und müsse die Realität des Staates Israel anerkennen. Aber Israel müsse auch die Realität der Rechte des palästinensichen Volkes in Palästina anerkennen. Das bedinge sich gegenseitig. Auf dieser Basis könne man verhandeln. Aber der palästinensische Staat in Westbank und Gaza sei noch nicht die endgültige Lösung, denn diese müsse auch die palästinenschen Flüchtlinge, die seit 1948 in den Lagern in den arabischen Ländern leben, umfassen. Auch darüber, wie diese zurückkehren können, müßten Israel und der künftige palästinensische Staat verhandeln. Entweder lasse Israel diese Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer und -städte zurück und gebe ihnen volle Bürgerrechte, oder man müsse über Grenzkorrekturen reden, damit diese Palästinenser nach Palästina zurückkehren könnten. Da müsse die UNO-Resolution 194, 3 angewandt werden. Der Nahostkonflikt könne nicht ohne diese Flüchtlinge gelöst werden.

Ob ein binationaler Staat nicht doch die realistischere Lösung sei als zwei Staaten? Was er von Benvenistis Thesen hält? Die Palästinenser wollen wirklich Frieden, glauben Sie uns. Die Anerkennung des Staates Israel sei ein sehr großes Opfer für die Palästinenser, denen man schließlich dieses Land weggenommen habe. Es sei unfair, noch mehr zu verlangen. Jede friedliche Lösung sei im Prinzip akzeptabel, wenn die Rechte beider Völker gewahrt blieben. Auch ein binationaler Staat. Aber die Mehrheit sei eindeutig für einen eigenen Staat.

Er äußerte sich auf die Frage nach neuesten israelischen Autonomieideen, das könne höchstens ein Schritt zur Unabhängigkeit sein, aber niemals eine endgültige Lösung. Alle Pläne, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser nicht berücksichtigen, seien zum Scheitern verurteilt. Es gebe in der Westbank und im Gazastreifen ein vereintes palästinensisches Volk, das dieselben Rechte habe wie andere Völker auch. Daher seien auch Pläne wie der Reagan-Plan, der eine Konföderation mit Jordanien vorsehen, abzulehnen. Heute agiere das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten, in Israel und im Libanon vereint. Das sei ein grosser Fortschritt. Uneinigkeit und Zerstrittenheit sei immer eine große Schwäche der Palästinenser gewesen. Aber das werde überwunden. Der Aufstand habe diesem Trend grossen Schub gegeben. In den besetzten Gebieten entstehe eine vereinte Führung der palästinensischen Aufstandsbewegung, und zwar in Zusammenarbeit mit der PLO, nicht als Alternative zu ihr. Jihad? Seit Mitte der 70er Jahre gebe es im Gazastreifen islamischen Fundamentalismus. Jihad kämpfe in erster Linie gegen die Besatzung. Die Nationalbewegung begrüße das. Natürlich habe sie ideologische Probleme mit Jihad, aber entscheidend sei die praktische Zusammenarbeit im Kampf gegen die Besatzung. Er hoffe, daß nach dem Ende der Besatzung das palästinensische Volk dies Rivalitäten in demokratischer Weise austragen könne. Die Nationalbewegung bestehe auf einen säkularen Staat, und dies könne demokratisch gelöst werden. Er glaubt nicht, daß gegenüber der Nationalbewegung und den sozialistisch orientierten Kräften Jihad künftig mehr Einfluß gewinnen werde in der Bevölkerung.

Ob die PLO mit dem Aufstand etwas zu tun habe? Natürlich stärke der Aufstand ihre Position - warum solle er ihre Position schwächen? Israel habe versucht, mit der Unterstützung fundamentalistischer Kreise die Palästinenser auseinanderzudividieren. Aber das sei nach hinten losgegangen. Die Berichte über die Vorfälle im Gazastreifen in der internationalen Presse ärgern Israel außerordentlicht. Und im Gazastreifen sei der Aufstand besonders intensiv.

Auch israelische Intellektuelle und Oppositionelle seien hier gewesen, auch Knessetabgeordnete, sie waren alle schockiert, hätten es nicht für möglich gehalten, was die Armee hier macht. Dabei gehe es nicht nur um Mitleid mit

den Palästinensern, weitsichtige Israelis würden auch merken, daß dies langfristig Israel selbst schade. In Gaza seien von 650.000 Gesamtbevölkerung über 400.000 Bewohner von Flüchtlingslagern - das könne auf Dauer nicht gutgehen.

Wie lange der Streik andauern könne? Er zeige, daß es uns sehr ernst ist mit dem Aufstand. 60-70.000 Arbeiter aus dem Gazastreifen arbeiten in Israel, denen gehe es ökonomisch jetzt sehr schlecht. Das sei nicht die Arbeit einiger troublemakers, daß diese Arbeiter den Streik weiterhin durchhalten. Es gebe hier sehr wenig Arbeitsplätze, Israel habe das Gebiet systematisch abhängig gemacht. Es gebe sehr viel Solidarität palästinensischer Israelis mit den Streikenden.

Ein am Gespräch teilnehmender jugoslawischer Journalist merkt an, er habe früher in Ägypten gearbeitet. Dort sehe es in den Flüchtlingslagern genauso schlimm aus. - Richtig, und deshalb wollten die Palästinenser im Gazastreifen auch nicht wieder unter ägyptische Verwaltung. Mubarak solle sich um Ägypten kümmern und die Palästinenser in Ruhe lassen. Er sei genauso wie Hussein in kWirklichkeit über den Aufstand höchst beunruhigt, weil deren Regime nicht sehr stabil seien. Der Aufstand könne ansteckend sein, so deren Befürchtung.

Ob Palästinenser aus dem Gazastreifen nach Ägypten reisen können und umgekehrt? Ja, das gehe, aber Ägypten verlange $ 200 bei der Einreise. Palästinenser aus Ägypten können Gaza besuchen, aber auch $ 200 zahlen und dürfen erst nach 6 Monaten wieder nach Ägypten zurück.

Gaza Town, 30. 1. 1988
Gespräch mit Dr. S., führendes Mitglied der Medical Association of the Gaza Strip

Seit 1967 habe sich die Gesundheitssituation im Gazastreifen kontinulerlich verschlechtert, die Bettenzahl sei dieselbe wie 1967. Es werde kaum in die Krankenhäuser investiert, kaum neues Equipment beschafft. (Unsere Besuche in 3 Krankenhäusern bestätigen dieses später.) Manchmal würden Krankenhäuser zeitweise geschlossen, auf Anordnung der Militärverwaltung.

Vor 1967 sei die Medizinversorgung kostenlos gewesen, jetzt müsse man jährlich den Gegenwert von $ 300 Versicherungsprämie zahlen. Für viele sei das das halbe Jahreseinkommen. Nichtversicherte zahlen $ 150 pro Nacht im Krankenhaus.

Es habe genügend Versuche von privater Seite, z. B. der Arab Medical Association, gegeben, zusätzliche Krankenhäuser zu errichten, aber die Israelis hätten immer die Genehmigung verweigert. Nur ein kleines privates Hospital bestehe, das früher von den Baptisten betrieben worden sei. Über die Hälfte der Bevölkerung könne sich keine medizinische Versicherung leisten. Die Militärverwaltung habe verboten, daß arbeitslose Ärzte umsonst medizinische Hilfsdienste anbieten, falls sie das doch tun, landen sie vor Gericht.

Die Armee nache selbst in Krankenhäusern Razzien. Unter dem Vorwand, Demonstranten hätten sich im Krankenhaus versteckt, sei kürzlich ein Krankenhaus von Soldaten gestürmt worden. Ärzte und Krankenschwestern seien zusammengeschlagen worden. Während Ausgangssperren werden keine Ärzte in die Flüchtlingslager gelassen, falls sie es dennoch tun und entdeckt werden, werden sie zusammengeschlagen. Auf verschiedene Krankenhäuser sei vom Hubschrauber aus Tränengas abgeworfen worden, was bei den Kranken natürlich größeren Schaden anrichte als bei gesunden, so auch im Shiva Hospital, das wir später besuchen. Immer wieder werden Verletzte aus den Krankenhäusern heraus verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Auch mit schweren Verletzungen. Notarztwagen werden oft von der Armee gestoppt, wenn sie mit Blaulicht Verletzte transportieren. Wegen solcher schikanöser Verzögerungen sei in Gaza Stadt ein Verletzter im Notarztwagen verblutet, weil die Armee es abgelehnt habe, ihn in einem anderen Wagen ins Krankenhaus bringen zu lassen.

In einem anderen Fall sei jemand, der eine Schußwunde im Bein gehabt habe, und stark geblutet habe, 3 Stunden lang verhört worden und sein Zustand verschlechterte sich dabei derart, daß er starb. Wenn Schwangere Tränengas ausgesetzt werden, gebe es häufig Tot- und Fehlgeburten. Israel verwende Dumdumgeschosse, die international geächtet seien. Davon existieren Röntgenbilder. "Die Israelis betrachten uns als Tiere, an denen man alle Waffen ausprobieren kann."

Was das sogenannte Tränengas angehe, wissen sie nicht, aus was es bestehe. Es sei jedenfalls alles andere als harmlos, die Auswirkungen seien schlimm. Leute hätten sich zu Tode gekotzt, es gebe laufend Totgeburten, ernsthafte Augenverletzungen, die Bronchialsysteme würden schwer verätzt, der Mund werde verätzt, viele würden Erkrankungen des Gastrointestinaltrakts bekommen. Eine Amerikanerin, die hier lebe, habe plötzlich dieselben Symptome wie bei einer Geburt (Wehen usw.) gehabt, obwohl sie gar nicht schwanger gewesen sei, nachdem sie Gas abbekommen habe.

Er zeigt uns einen Gasbehälter:
"FOR USE BY TRAINED PERSONNEL ONLY. WARNING: MAY START FIRE. MUST NOT BE FIRED DIRECTLY AT PERSONS FOR DEATH OR INJURY MAY RESULT. FOR OUTDOOR USE ONLY.", so die Aufschrift. Als Hersteller ist leider nicht ganz deutlich erkennbar zu lesen eine Firma namens ..... Laboratories, Inc., ...Pennsylvania 15681, USA. Ganz groß draufsteht "560 CS".

Das Gas werde ständig im Hausinnern eingesetzt, offenbar sollen die Leute gezielt verletzt werden. Auch auf Personen werde direkt geschossen. Es seien auch Gasgeschosse gefunden worden, auf denen die Aufschrift abgeschmirgelt worden sei, damit solche kompromittierenden Aufschriften nicht mehr erkennbar seien.

Wir können dann Gummigeschosse sehen, und zwar mit Metallkern. Wenn diese aus nächster Nähe auf Personen gefeuert werden, könne der Metallkern bis in den Körper vordringen. Aber auch ohne das können bleibende Verletzungen z. B. der Haut die Folge solcher Geschosse sein.
Wir nehmen dann noch Gasgranaten aus Gummi in Augenschein, die nach Abwurf aus Hellkoptern umher-

hüpfen und nicht eingefangen werden können, andere Gasbehälter - ein Arsenal des Schreckens. Die Bezeichnung "Granate" ist nicht übertrieben - sie steht ganz groß auf dem Gummibehälter: "Grenade NO..."

Jabaliya Camp, Gaza Strip, 30. 1. 1988

60.000 Einwohner, 1 qkm.
Von diesem Lager ging der Aufstand im Dezember 87 aus. Entsprechend brutal ging die israelische Armee gegen dieses Lager vor. Es wurde uns berichtet, daß die Armee mit Panzern in das Lager gefahren sei. Dabei wurden Häuser demoliert und Wasser- und Abwasserleitungen (nach Angaben der Lagerbewohner absichtlich) aufgerissen. Dementsprechend standen größere Teile der Wege im Lager unter Wasser. Wir konnten zahlreiche demolierte Häuser bzw. Hütten sehen. Diese Militäraktionen fanden während einer zweieinhalbwöchigen Ausgangssperre statt, d.h. die Leute konnten nichts an ihren Häusern reparieren, ebensowenig die Wasserleitungen. Während der Ausgangssperre - die für 24 Stunden am Tag galt - wurde jeder, der/die die Häuser verließ, sofort vom Militär zusammengeschlagen.

Immer wieder sei es vorgekommen, daß bei Zwischenfällen, z.B. daß ein Stein nach einem Soldaten geworfen wurde, kollektive Bestrafung gegen ganze Viertel des Lagers vorgenommen wurde: die Armee stürmte in jedes Haus, schlug alle Personen, die sie vorfand, zusammen, ebenso Mobiliar, Fernseher, usw. Wir sahen auch von Panzern demolierte Autos. Wir trafen Menschen jeden Alters, die von den Soldaten zusammengeschlagen worden waren. Die Lebensbedingungen im Lager insgesamt sind sehr schlecht. Ein totales Ghetto, viele leben von UNWRA-Unterstützung. Der Aufstand brach hier am 7.12.87 aus, weil in der Nähe in einem "Unfall" ein israelischer LKW mit einem vollbesetzten palästinensischen Taxi zusammenstieß, wobei 4 Palästinenser uns Leben kamen, drei davon aus Jabaliya. 6 wurden verwundet (unter Taxi sind Kollektivtaxis mit drei Sitzreihen, verlängerte Mercedes, zu verstehen). Der Lkw-Fahrer sei ein Siedler, der Mossad-Agent sei, gewesen. Daraufhin brach in Jabaliya der Aufstand aus, da hier die Lebensbedingungen besonders perspektivlos sind, und am 9. 12. wurde in Jabaliya bei einer Demonstration ein Palästinenser von der Armee erschossen. Als bei einer Solidaritätsdemonstration im Balata Camp in der Westbank am 11. 12. ein weiterer Palästinenser erschossen wurde, breitete sich der Aufstand aus.

Vielfach wurde uns auch in Jabaliya von Tot- und Fehlgeburten berichtet, die auf den Einsatz von Gas innerhalb von Häusern und Hütten zurückgehen, dem Schwangere ausgesetzt waren. Die Soldaten setzten in Jabaliya die international verbotenen Dumdum-Geschosse ein, wie uns berichtet wurde. Davon existierten Röntgenbilder (von den Verwundungen, die davon verursacht wurden). Auch in Jabaliya sahen wir einige Gas-Behälter, die von den Soldaten in die Häuser geschossen wurden. Die im Freien eingesetzten Behälter seien von den Soldaten vielfach wieder eingesammelt worden.

Wir konnten auch Splitter von Dynamitstangen sehen, mit denen Häuser in die Luft gesprengt worden waren, die sog. "Anführern" des Aufstands gehörten. Auch in Jabaliya sei häufig vom Hubschrauber aus Tränengas abgeworfen worden und damit das ganze Lager eingedeckt worden. Dazu seien spezielle Behälter verwendet worden, und zwar aus Gummi, so daß sie nach dem Abwurf wie Knallfrösche auf dem Boden hin- und hersprangen, um ein Einfangen zu verhindern.

Es sei ein großes Problem gewesen, während der zweieinhalbwöchigen 24-Stunden-Ausgangssperre die Ernährung und Versorgung mit Medizin sicherzustellen, insbesondere für Babies. Von außerhalb sei jedoch hier wertvolle Nahrungsmittel-Unterstützung gekommen, die jedoch versteckt in das Lager geschleust werden mußte, weil die Israelis keinerlei Transporte, auch nicht der UNWRA, ins Lager ließen. Man habe das Lager offensichtlich aushungern wollen. Bei der verdeckten Nahrungseinschleusung seien natürlich immer wieder Leute erwischt worden, dabei seien 8 Menschen getötet, über 300 angeschossen (oftmals mit Dumdum), und 103 krankenhausreif geschlagen (gebrochene Knochen) worden. Erst nach zweieinhalb Wochen sei aus der 24-Stunden-Ausgangssperre eine 23-Stunden-Ausgangssperre gemacht worden.

Trotz der ungeheuerlichen Brutalität sei die Stimmung im Lager jetzt bedeutend besser aus vor dem Aufstand. Niemand sei mehr frustriert, man habe eine neue Dimension des Widerstandes erreicht, man habe keine andere Wahl als mit dem Aufstand weiterzumachen, bis die israelische Besatzung abziehe. Wie wenig Israel damit umgehen könne, zeige die Tatsache, daß die israelische Regierung bei Beginn des Aufstandes erklärt habe, der Aufstand sei von "troublemakers" innerhalb der Lager angezettelt worden und von islamischen Fundamentalisten, weshalb man nicht mit der PLO verhandeln werde. Tatsache sei jedoch, daß der Einfluß der PLO in Jabaliya so groß wie nie zuvor sei. Tatsächlich wurde uns von allen erklärt, sie stünden hinter der PLO, nur sie repräsentiere das palästinensische Volk, bei jeder Demonstration wurden sehr viele Arafat-Bilder mitgeführt. Es sei nichts weiter als israelische Propaganda, daß der Einfluß der PLO abnehme.

Israelische Oppositionelle hätten Jabaliya wiederholt besucht, sie seien allesamt schockiert gewesen und hätten in Israel einiges hinterher getan, so etwa Yossi Sarid (MP der Bürgerrechtsbewegung Ratz), der Rabin in der Knesset sehr scharf angegriffen hat nach seinen Besuch in Jabaliya (Rede auf Hebräisch bei Jakob Moneta erhältlich). Peace Now und andere israelische Gruppen hätten Nahrungsmittel-Lkw's nach Jabaliya geschickt, die Armee hätte die Transporte jedoch gestoppt.

Nachtrag: Besonders erschreckend war es, einen dreijährigen Jungen zu sehen, dem Soldaten die Augen verbunden hatten und ihn dann zusammengeschlagen hatten.
In Jabaliya hat die Armee verboten, neue Häuser zu errichten.

Gespräch mit G., führendes Mitglied der Gewerkschaftsbewegung im Gaza-Streifen

Seit 1967 ist die Gewerkschaftsbewegung im Gazastreifen besonders starker Repression durch die Israelis ausgesetzt. Der "Arbeiter-Einheits-Block" (so heißt die Gewerkschaft) arbeite eng mit der palästinensischen

Nationalbewegung zusammen. Im Gazastreifen sei die Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zur West-Bank vereint, doch auch dort gebe es Tendenzen zur Einheitsgewerkschaft, die beiden größten Gewerkschaften stünden dort vor der Fusion. Die Arbeiter im Gazastreifen arbeiten auch mit der Kleinbourgeoisie zusammen, denn auch gegen diese richte sich die israelische Politik, den Gazastreifen vollkommen wirtschaftlich abhängig zu machen. Nur ganz wenige größere Kapitalisten profitierten von und kollaborierten mit den Israelis.

Die größte Zahl der Arbeiter arbeitet in Israel. Die meisten wußten lange nicht, daß die einen Rechtsanspruch auf Sozialversicherung, 8-Stunden-Tag, Tarifvertrag und daß die Frauen ein Recht auf gleiche Löhne wie Männer haben. Es sei jedoch sehr schwer, das durchzusetzen.

Es bestehen 6 Gewerkschaften im Gazastreifen, die 1964/65 gegründet wurden: Landarbeiter, Öffentlicher Dienst, Metall, Textil, Fahrer, Bauarbeiter & Zimmerleute. Sie haben sich zur General Union of Palestinian Workers in the Gaza Strip zusammengeschlossen und sind korrespondierendes Mitglied im WGB.

1967 waren knapp 2000 Arbeiter in diesen Gewerkschaften organisiert, unmittelbar nach der israelischen Eroberung wurden alle Gewerkschaften verboten. Sie arbeiteten im Untergrund weiter und konnten ihre Anhängerschaft beträchtlich ausweiten. Da Israel sehr viel Land beschlagnahmt hat, mußten viele Bewohner des Gazastreifens Arbeiter werden. Der Druck der Palästinenser, Gewerkschaften wieder zuzulassen, nahm stetig zu. Ebenso der Druck ausländischer Gewerkschaften. 1979 änderte die Besatzungsmacht daher die Verordnung von 1967. Die Gewerkschaften wurden formal wieder zugelassen, aber es wurde ihnen jegliche Aktivität untersagt: Sie können keine neuen Mitglieder aufnehmen, sie dürfen nichts veröffentlichen, sie dürfen keine Versammlungen abhalten, durfen den 1. Mai nicht feiern usw. Sogar Neuwahlen der Funktionäre wurden verboten, die Funktionäre von 1967 mußten im Amt bleiben, und zwar mit unbegrenzter Amtsdauer. 1982 begannen die Gewerkschaften illegalerweise Aktivitäten zu entwickeln. Sie veröffentlichten Publikationen, feierten den 1. Mai, usw. Viele Verhaftungen und verschärfte Repression waren die Folge. Versuche, die Funktionär neu zu wählen, wurden verhindert. Das ging so bis Anfang 1987. Dann unterzeichneten 130 Mitglieder der Bauarbeitergewerkschaft eine Erklärung, wonach sie zu einem bestimmten Datum eine neue Führung wählen werden, die sie dem israelischen zuständigen Offizier schickten. Dieser antwortete, dieses Vorhaben sei verboten. Unter starker Beteiligung der Presse und israelischer Oppositioneller (incl. der "Demokratischen Front" in der Histradrut) fand die Wahl dann statt. Die Armee versuchte sie durch die Verhängung von Ausgangssperren zu verhindern. Trotz massiven Verhinderungsversuchen gelang die Wahl, allerdings nur, weil es für die 7 Plätze 7 Kandidaten gab, so daß die Wahl demonstrativ und in relativ kurzer Zeit vonstatten gehen konnte. Gewerkschafter von der Westbank, die daran teilnehmen wollten, wurden im Gegensatz zu Israelis daran gehindert, den Gazastreifen zu betreten.

Die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst machte dies ähnlich und wählte ebenfalls eine neue Führung. 257 Mitglieder hatten in diesem Fall eine öffentliche Erklärung unterschrieben. Die Besatzungsmacht reagierte mit der Verhängung einer Ausgangssperre von 4 Uhr morgens ab an dem Tag, als die Wahl sein sollte, im Radius von 3 km um das Gebäude, in dem die Wahl stattfinden sollte. Im Garten des Roten Kreuzes konnte die Wahl schließlich stattfinden, wenngleich viele Mitglieder daran gehindert wurden, sich daran zu beteiligen. Die anderen 4 Gewerkschaften folgten schließlich diesem Beispiel. Eine klare Niederlage für die Besatzungsmacht. Diese versuchte zuerst, die Wahlen nicht anzuerkennen. Dann versuchte sie, zu teilen und zu herrschen, indem sie selektiv einige der neugewählten Funktionäre nicht anerkennen wollte. Hierzu wurde eine neue Order Nr. 351.7 herausgegeben, wonach Arbeiter mit "krimineller Vergangenheit" nicht gewählt werden dürfen. Alle Betroffenen waren jedoch wegen politischer Aktivität, nicht wegen Kriminalität verurteilt worden. Danach wurden die neugewählten Funktionäre immer wieder verhaftet, verhört usw. Das ging so bis vor dem Aufstand. Obwohl Neueintritte nach wie vor verboten seien, bekennen sich heute 6000 Mitglieder offen zu ihrer Mitgliedschaft. Wenn Neueintritte legalisiert werden, würde die Mitgliederzahl erheblich ansteigen. Besonders skandalös ist, daß die Arbeiter aus dem Gazastreifen, die in Israel arbeiten, zwar der Histadrut nicht beitreten können, nichtsdestoweniger genauso wie die israelischen Arbeiter Mitgliedsbeiträge an diese abführen müssen!

Public Hospital, Gaza Town

Hier sahen wir sehr viele übel zugerichtete Menschen, denen die Armee Knochen gebrochen und zahlreiche andere Verletzungen, durch Schüsse, Schläge, "Tränen"-Gas usw. zugefügt hatte.

Nur einige Beispiele:

- Mann aus dem Camp El Bureij, erheblich durch Gas verletzt. Im Camp El Bureij wurden über 200 Bewohner durch Gas erheblich verletzt.
- Nawal Kafafi (Frau, 43, 7 Kinder) aus Block 1 von El Bureij. Gasverletzungen, außerdem Totgeburt wegen Gas.
- Yusif Bez, aus Block 1 von El Bureij Camp, war bei seinem Kind, 45 Tage alt, das ernsthafte Gas-Verletzungen hat und trotz starker Behandlung erhebliche Atemprobleme hat. Grund: Gaseinsatz im Haus.
- Jaser Said: Er und seine Frau haben starke Schmerzen in Brust und Augen, nachdem Soldaten 4 Gasgeschosse in sein Haus gefeuert haben.
- Ismail Khatelb: Starke Schmerzen in Brust und Augen durch Gas, das im Haus eingesetzt wurde. Die ganze Familie habe sich tagelang erbrechen müssen, seine Frau habe eine Totgeburt im 6. Monat deswegen gehabt.
- Nadia Jaber Mizhar: Schwierigkeiten mit dem Nervensystem nach Gaseinsatz im Hausinnern, Totgeburt im 7. Monat. Ihr Mann sei zusammengeschlagen worden und habe Probleme mit der Wirbelsäule seitdem.

Hier habe ich aufgehört mir alles zu notieren. Das ganze Krankenhaus ist voll mit solchen Patienten. Noch während des Besuchs wurde ein weiterer ca. 25 jähriger Mann eingeliefert, völlig geschwollen und dunkelrot, der ganze Rücken voller schwerer Schlagverletzungen. Als wir durch die Stadt ins Krankenhaus gefahren waren, war alles ruhig und keine Demonstration gewesen. Der Mann war offen-

sichtlich unter Schockeinwirkung und sagte, er sei ohne ersichtlichen Grund von Soldaten zusammengeschlagen worden.

Shiva Hospital, Gaza Town

Mahmud Mohammad Salla, 50 Jahre, 14 Kinder, Jabaliya Camp Block 1. Er war bereits schwer krank nach einer Operation am Hals, als er am 18.1. von Soldaten in seinem Haus zusammengeschlagen wurde. Soldaten seien in das Haus eingedrungen, zum Teil über das Dach, zum Teil indem sie die Tür aufbrachen. Er beschwor sie, ihn doch gleich zu erschiessen, aber ihn nicht zusammenzuschlagen, er sei schwer krank. Er muß ein Metallstück im Hals tragen. Die Soldaten schlugen ihn zusammen, er hat 6 Rippen und die Schulter gebrochen und beide Knie zerschlagen. Er kann nicht mehr sprechen, sein Schwager ist Tag und Nacht bei ihm und erklärte uns dies. Erst am 21.1. hätten ihn die Israelis in ein Krankenhaus gelassen. Drei Stunden lag er in seinem Blut, bis er versorgt werden durfte. Auch seine Tochter sei zusammengeschlagen worden. Dies sei im Zusammenhang mit "kollektiver Bestrafung" geschehen. Freunde, die ihm helfen wollten, seien bedroht worden, sie würden verhaftet. Aufgrund seiner Wunden am Rücken ist er wundgelegen.

Ein anderer Patient hat gebrochene Schädelknochen, weil ihm die Soldaten wiederholt den Schlagstock auf den Kopf schlugen.

Ein anderer Patient, auch aus El Bureij, wurde während kollektiver Bestrafung während Ausgangssperre aus dem Haus geholt und in 100m Entfernung vom Haus von 6 Soldaten unter den Augen von 30 weiteren Soldaten völlig zusammengeschlagen und sein Kopf in einen Abwasserkanal getaucht. 29 Jahre, verheiratet, 1 Tochter.

Ein 75jähriger Greis wurde während kollektiver Bestrafung in seinem Haus völlig zusammengeschlagen: Hand gebrochen, Bein gebrochen, Schädelknochen gebrochen, Gelenke zerschlagen. Er kommt aus Jabaliya. Weder die Briten noch die Ägypter seien jemals so vorgegangen. Die Besatzer müßten endlich weg, wir brauchen unseren eigenen Staat.

Ein anderer Patient, 35 Jahre, 8 Kinder: Rechte Hand und rechtes Bein gebrochen. Während Ausgangssperre seien Soldaten ins Haus gekommen und hätten Leute zusammengeschlagen und Mobiliar. Er sei gefragt worden, mit welcher Hand er schreibe, und habe geantwortet, mit der rechten, worauf ihm diese gebrochen worden sei.

Ayman Khulab, 17 Jahre, aus Khan Yunis. Schußverletzung durch Dumdum-Geschoss im rechten Unterschenkel. Er hatte sich in der Nähe einer Demonstration aufgehalten, als die Soldaten wahllos um sich zu schiessen begannen, als Jugendliche begannen, Steine auf sie zu werfen. Er sei zunächst auf der Straße liegengeblieben und habe das Gefühl gehabt, sein Unterschenkel würde ihm abgerissen. Zunächst sei er in Khan Yunis im Krankenhaus gewesen, doch dann sei dieses mit der Begründung, Demonstranten hielten sich darin auf, mit Tränengas angegriffen worden, worauf viele Patienten zusätzliche starke Schmerzen erlitten und viele Wunden erneut aufbrachen. Außerdem seien Notarztwagen am Ausfahren gehindert worden. Er hat jetzt eine Infektion im Unterschenkel und starke Schmerzen, der Unterschenkel ist stark geschwollen. Vor einigen Tagen sei nun auch Shiva Hospital mit Tränengas angegriffen worden. Er hat gesehen, wie Soldaten ein zweijähriges Kind gegen einen Wassertank geworfen haben. Tag und Nacht komme es vor, daß Soldaten in Häuser stürmen und dort alles verwüsten. Besonders nachts, wenn alle schlafen. Er ist seit 26 Tagen im Krankenhaus. Er habe sich eine derartige Grausamkeit nie vorstellen können. Vielleicht müsse er nach Jerusalem verlegt werden, doch das werde sehr teuer. Schon hier koste seine Eltern ja jede Nacht umgerechnet $ 100.

Mahmud Dial, 46 Tage bereits im Krankenhaus, eines der ersten Opfer, mit Dumdumgeschoß in der Bauchgegend verletzt.

Mehrere Patienten erklärten, daß viele Menschen Blut spenden wollten angesichts des großen Bedarfs, sie seien jedoch im Krankenhaus von Soldaten geschlagen und viele verhaftet worden.

R., Rechtsanwalt, Gaza Town, 30. 1. 1988

Die Rechtslage in der Westbank und Gaza ist unterschiedlich. In der Westbank seien viele palästinensische Rechtsanwälte Mitglied der Jordanian Bar Association. Im Gazastreifen seien die Militärgerichtsprozesse schon immer völlig boykottiert worden, in der Westbank nur von 80% der Anwälte. Jetzt seien es auch dort 100%. Auch progressive israelische Anwälte boykottieren diese Prozesse. Seit Beginn der israelischen Besatzung habe es etwa 43.000 Verhaftungen gegeben. Über 25.000 Palästinenser aus den besetzten Gebieten dürfen nicht ins Ausland reisen, außer nach Israel. Diese Anordnungen geschehen völlig willkürlich. Die Menschenrechte werden im Gazastreifen tagtäglich massiv verletzt.

Besonders bemerkenswert sei das Steuersystem. Sie müßten alle Steuern zahlen, die auch die Israelis bezahlen: Einkommenssteuer, lokale Steuern, Vermögenssteuern. Aber über dieses Geld und seine Verwendung haben die Palästinenser kein Wort mitzureden, und es werde nur für die Israelis ausgegeben, sie hätten nichts davon. Noch nicht einmal erfahren dürften sie, was damit passiere: das Budget der israelischen Regierung für den Gazastreifen ist GEHEIM!

Beispiele für Willkürherrschaft der Israelis:
Der Rote Halbmond wolle seit 14 Jahren eine Krankenschwesternschule und ähnliche Einrichtungen bauen. Das Geld sei vorhanden, aber die Israelis verweigern die Genehmigung.

Es gebe über 6.300 illegale Buchtitel im Gazastreifen, inclusive solcher Werke wie der Kaufmann von Venedig von Shakespeare, weil das antijüdisch sei. Alles, was die Israelis zur "Propaganda gegen Israel, Zionismus, Judentum" erklären, werde verboten, sogar Forschungsergebnisse angesehener amerikanischer Universitäten. In der West-Bank gehe es zwar ähnlich zu, aber hier in Gaza sei es viel massiver. Wer solche illegale Bücher habe und entdeckt werde, werde verhaftet.

Kindergärten, die von Palästinensern betrieben werden, werden nicht genehmigt. Ein Kindergarten, der ohne Genehmigung eingerichtet worden war, wurde vom Geheimdienst Shin Bet durchsucht und die Leiterin verhaftet.

Das Gesundheitswesen sei katastrophal. Die Krankenversicherung koste umgerechnet $ 150 pro Monat, das sei ein halbes Vermögen für die meisten. Deshalb sind die meisten Palästinenser im Gazastreifen nicht versichert. Wenn es dann doch nicht zu vermeiden ist, daß sie etwa ins Krankenhaus müssen (es gebt 6 Staats-Krankenhäuser und 1 privates im Streifen) koste das $ 130 pro Nacht. Es gebe zwar auch einige UNWRA-Kliniken, aber diese bauten ihre Leistungen sukzessive ab.

Das tägliche Leben im Streifen sei eine Hölle. Seit Beginn des Aufstandes wurden über 700 Menschen angeschossen, 40 getötet, über 1800 verhaftet, Hunderte krankenhausreif geschlagen (Westbank und Gaza). Praktisch jeder saß hier schonmal im Knast. Aber die Leute merkten, sie haben nichts zu verlieren. Kollaborateure haben einen schweren Stand. Darabe, früherer Chef der Gewerkschaftsfederation vor den Neuwahlen, ist so einer, der immer der Auslandspresse erzählt, alles sei allright im Streifen und zu dem die Israelis immer Auslandskorrespondenten schicken. Der erzähle immer, alles sei jetzt besser als unter der arabischen Herrschaft. Es gab bereits 3 Mordversuche gegen ihn.

Der Aufstand sei nicht spontan. Solange dauert kein spontaner Aufstand. Es gebe eine vereinte Untergrundführung der nationalistischen Bewegung, die den Aufstand organisiere.

Die Leute merkten hier, daß die diplomatischen Manöver der PLO nichts gebracht hätten. Sie setzen jetzt auf Massenbewegung, auf eine konkrete Veränderung der Lage in den besetzten Gebieten. Das habe eine unerwartete Dynamik entwickelt. Die Untergrundführung tue alles, um diese Dynamik auszubauen. Das israelische Establishment wisse nicht, wie es damit politisch umgehen soll.

Im Streifen befinden sich nach offiziellen israelischen Angaben 10.000 Soldaten, in Wirklichkeit seien es 16.000 bis 18.000.

Das israelische Establishment müsse noch viel lernen. Wahrscheinlich würden nur schwere politische Niederlagen es dazu bringen, daß es feststellen müsse: Wir haben keine andere Wahl, wir müssen mit der PLO verhandeln. Bis jetzt sei die Nationalbewegung sehr smart und geschickt vorgegangen. Sie hat keine Israelis getötet, sie kämpft mit Steinen gegen Maschinenpistolen. Israel BRAUCHE jetzt geradezu palästinensische Terrorakte, da brauche man sicher nicht lange zu warten, bis die ersten Terrorakte gegen Israelis mit Todesopfern folgen. Je spektakulärer, desto besser für die Israelis. Am besten eine Flugzeug- oder Schiffsentführung. Die Palästinenser jedenfalls hätten gemerkt, daß unbewaffneter Widerstand viel mehr bringt als Terrorakte: nicht nur wegen der Reaktion der Weltöffentlichkeit, sondern auch weil sich daran ALLE beteiligen können, nicht nur einige wenige, die zu allem entschlossen sind.

Khan Yunis, 31. 1. 1988
Gespräch mit M., führendes Mitglied der Ingenieursvereinigung des Gazastreifens

Khan Yunis, 80.000 Einwohner in der Stadt, 40.000 im Flüchtlingslager. Zweitgrößte Stadt im Gazastreifen. Im nahegelegenen El Amle Camp weitere 10-15.000 Einwohner. Zusammen mit einigen weiteren Dörfern sei der Bevölkerungskomplex Khan Yunis ca. 150.000-160.000 Einwohner. Dabei betrage die Entfernung Küste - Grüne Linie (= Isr. Grenze) nur 8 km. In der Stadt gebe es keinerlei Industrie, nur etwas Landwirtschaft drumrum. In der Stadt gebe nur Händler und einige wenige Handwerker und öffentlichen Dienst. Die meisten sind Arbeiter in Israel, die jeden Tag pendeln.

Im öffentlichen Dienst werden die Palästinenser systematisch diskriminiert, so werden z.B. sämtliche Stadtplanungsarbeiten aus "Sicherheitsgründen" nur an Israelis vergeben, auch finanziell werden Palästinenser viel schlechter bezahlt als Israelis.

Am Aufstand beteilige sich in Khan Yunis die gesamte Bevölkerung. Eine der größten Demonstrationen sei in Khan Yunis gewesen, mit mehr als 10.000 Menschen. Die Demo sei von einem Haus eines "Märtyrers" zu einem anderen verlaufen. Allein in Khan Yunis Town und Camp seien seit Dezember 10 Tote zu beklagen. Sie Zahl der Verwundeten sei hoch, er könne keine Zahlen nennen.

Seine Vereinigung hat 1.100 Mitglieder, alles Ingenieure mit Universitätsabschluß. 500 leben im Streifen, 600 außerhalb in arabischen Ländern. Im Steifen haben nur 100 Arbeit, die anderen müßten sich irgendwie durchschlagen. Alle haben außerhalb des Streifens studiert, die Universität Gaza habe keine Ingenieursausbildung. Dies gebe es aber z.B. in Birzeit in der Westbank.

Islamische Fundamentalisten? Alle Teile der Bevlökerung lehnen die Besatzung ab. Wie in jedem Volk gebe es unterschiedliche Motivationen, dagegen zu sein, aber wir kämpfen vereint. Israel versuche gezielt, die Bevölkerung zu spalten, indem es das Schreckgespenst des Fundamentalismus an die Wand male. Nach der Beendigung der Besatzung werden wir demokratisch klären, wer einen palästinensischen Staat führt. Jihad ist ein Teil der Bewegung, aber keine Alternative zur PLO. Das wissen sie selber auch, weil sie wissen, daß die Leute hinter der PLO stehen. Jihad sei Teil der Untergrundführung, mit ihnen gebe es Zusammenarbeit. Es gebe aber auch Teile der Fundamentalisten, die sich nicht am Aufstand beteilgen und mehr auf persönliche religiöse Reinheit setzen.

Auf keinen Fall könne man behaupten, die Fundamentalisten führen den Kampf an. Das sei nicht mit Iran vergleichbar. Die Leute unterscheiden sehr wohl zwischen Jihad, die sich am Aufstand beteiligt, und den Muslimbrothers, den das nicht tun. 95 % der Bevölkerung stehe voll hinter der PLO und Arafat. Gehen Sie auf eine Demo, Sie sehen überall Arafat-Bilder. Die arabischen Christen sind unsere Brüder, zum Teil sogar stärker engagiert als die Moslems. (In der Westbank gibt es viele arabische Christen, im Gazastreifen kaum.) Heute sei z.B. ein christlicher Aktionstag gegen die Besatzung, mit Gebeten, Gottesdiensten usw.

Der Aufstand habe international das Ansehen Israels so beeinträchtigt, daß es auf weiteren internationalen Druck reagieren müsse. In Khan Yunis brachen letzte Nacht wieder viele Soldaten in Häuser ein (Kollektive Bestrafung), gleich in der Nachbarschaft stehen Häuser, denen die Türen aufgebrochen wurden, viele Einrichtungsgegenstände seien demoliert worden. In allen Flüchtlingslagern rund um Khan Yunis sei "Tränen"-Gas mit Hubschraubern abgeworfen worden, es habe viele Totgeburten deswegen gegeben.

Khan Yunis Hospital, 31. 1. 1988

Wir sahen wieder viele schlimme Fälle von brutalen Übergriffen der israelischen Armee gegen Palästinenser.

Said Yusef Mahmud, aus Abu Daha. Nachdem er von Soldaten zusammengeschlagen wurde und eine Reihe von Knochen dabei gebrochen wurden, überfuhren die ihn, als er bewußtlos war, mit dem Jeep. Dabei wurde ihm die Wirbelsäule gebrochen, seitdem ist er gelähmt und immer noch bewußtlos. Dieser Vorfall ereignete sich am 15.1.1988

Anas Abu Jazar, 12 jähriges Mädchen aus dem Flüchtlingslager Rafah, der mit dem Schlagstock das Bein gebrochen wurde, als sie während einer Ausgangssperre im Freien angetroffen wurde. Da die Ausgangssperre andauerte, durfte sie erst nach 1 Woche in ärztliche Behandlung, Folge: eine Infektion in der Wunde.

Jalal Mohammed Rayan, 37 Jahre, 7 Kinder, aus dem Lager Al Magasi. Er ist einer der Verletzten des Lkw-"Unfalls" vom 7.12.1987. Der Lkw sei absichtlich auf das Taxi gefahren, das sei klar erkennbar gewesen.
16jähriger Jugendlicher, Bein gebrochen, Schußwunde im Bein.

Nasser Nazman, aus Gaza Town, wurde bei einer Aktion "kollektiver Bestrafung" aus dem 3. Stock eines Hauses geworfen, als Soldaten seine Wohnung verwüsteten. Seine Wirbelsäule ist gebrochen, die Familie wurde zusammengeschlagen. Es ist unsicher, ob er überlebt. 28 Jahre, 5 Kinder.

Mohammad Nabahin, 20 Jahre, aus dem Lager Musayrat. Er wurde nachts von Soldaten aus seiner Wohnung geholt, und wurde später mit gebrochener Hand und gebrochenem Bein gefunden. Er war 5 Tage bewußtlos und wurde übel verprügelt.

Mohammad Yusif Ahmed Hadan, wurde erschossen. Sein Vater, 61 Jahre, liegt hier im Hospital, beide Beine von Soldaten gebrochen, Kopfverletzungen, Teile seines Körpers sind gefühllos, nachdem er zusammengeschlagen worden ist. Ähnlich sei es seinem Bruder ergangen, der sich allerdings kein Krankenhaus leisten könne. Seiner Tochter, 3 Monate, seien von den Soldaten 3 Finger gebrochen worden. Seine Frau sei zusammengeschlagen worden, ebenso eine dritte Tochter und eine Schwiegertochter. Dies passierte als "kollektive Bestrafung" am 11.1. Noch nach 20 Tagen ist sein ganzer Körper voller blauer und dunkelroter Flecken.

Hamada Abu Rus, Jugendlicher aus Rafah. Schusswunde am Kopf, weshalb ihm Knochenstücke herausgenommen werden mußten. Die Rechte Hand und das rechte Bein sind seitdem bewegungslos, das Nervensystem ist beschädigt, sein Gedächtnis ist verloren. Sprachprobleme. Dies passierte am 10.12.87.

Das ganze Krankenhaus ist voller solcher Patienten. Mir wurde physisch übel, weshalb ich keine weiteren Notizen machte.

Khan Yunis Flüchtlingslager, 31. 1. 1988

Das Flüchtlingslager liegt auf sandigem Boden neben einem Hügel, den zu besteigen verboten sei. Dahinter befinde sich eine israelische Militärbase und eine Siedlung. Es sei oft vorgekommen, daß die Israelis Lagerbewohner hinter den Hügel verschleppt und dort zusammengeschlagen haben. Wir besuchen ein Haus, in dem uns eine alte Frau, Zainab al-Faqami, 50 Jahre, von einem Angriff israelischer Soldaten auf ihr Haus berichtet. Sie hat einen Verband am Kopf und einen gebrochenen Arm. Während einer der zahlreichen Ausgangssperren sei ihr Enkel, ein kleines Kind, aus dem Haus gelaufen, ihr Sohn rannte hinterher, um das Kind wieder zurückzubringen, da es sonst zusammengeschlagen würde. Dabei wurden beide von Soldaten entdeckt und hinter den erwähnten Hügel gezerrt. Als ihr ihre Schwester dies mitteilte, sei sie hinterhergerannt und habe die Soldaten beschworen, sie freizulassen, das kleine Kind sei weggelaufen. Sie wurde daraufhin auch verprügelt, warf mit Sand nach ihnen, wurde noch mehr verprügelt. Sie beschwor die Soldaten, sie könne deren Mutter sein, vom Alter her, sie sollten aufhören. Ihr Sohn sei massiv in Bauch und Geschlechtsorgane getreten worden. Die Soldaten hätten daraufhin auch ihr ganzes Haus verwüstet, und alle Anwesenden zusammengeschlagen. Sie trieben einen anderen Sohn in eine Ecke (nämlich die Ecke, in der wir jetzt saßen), verprügelten ihn, und sie mit, nachdem sie sich schützend über ihn warf. Ihr Sohn sei am Kopf verletzt und habe ein gebrochenes Nasenbein, er sei von vier Soldaten auf den Boden gelegt worden und erneut zusammengeschlagen worden. Er war bewußtlos, seine Identitätskarte wurde ihm abgenommen. (NB: Jeder Palästinenser, der ohne Identitätskarte angetroffen wird, kann sofort verhaftet werden. Ihre zehnjährige Tochter berichtete stolz, sie habe die Soldaten angeschrien und ihnen sehr deutliche Worte gesagt. Sie sei daraufhin zwar auch zusammengeschlagen worden, aber sie hätte getan was sie könne. Frappierend für mich war, mit welcher Geradlinigkeit und Selbstverständlichkeit sie das mit fröhlichem Gesicht sagte, während ich diese ganzen Grausamkeiten noch immer einigermaßen fassungslos aufnahm, obwohl ich mir sie seit Tagen berichten ließ. Am Ende des Armeeübergriffs sei das Haus von außen verrammelt worden, die Nachbarin, ebenfalls eine alte Frau, die zu dem Vorfall dazustieß, um zu protestieren, wurde ebenfalls zusammengeschlagen. Dies ereignete sich am 13. 11. 1988.

Zainab al-Faqami berichtete weiter, während der Ausgangssperren seien besonders viele Soldaten im Lager, schon das Öffnen der Tür sei verboten, Kinder die rauslaufen werden sofort verprügelt. Im Lager sei eine 17tägige Ausgangssperre vor kurzem aufgehoben worden. Auch mit Panzern sei die Armee ins Lager gefahren und habe Häuser demoliert und einige sogar plattgewalzt, die ihren Bewegungen im Weg standen.

Wir sahen dann noch andere Häuser, die uns ähnliches berichteten, Menschen aller Altersgruppen, die zusammengeschlagen wurden. In Khan Yunis Town sei diese Nacht auch wieder eine Aktion kollektiver Bestrafung gewesen, weil ein Kind einen Stein auf Soldaten geworfen habe. Im ganzen Viertel seien daraufhin die Männer aus den Häusern geholt und verprügelt worden.

Gespräch mit T., führendes Mitglied der Women's Work Commitees Gaza Strip

Sie hat Ausreiseverbot. An ihrer Familie zeigt sich exemplarisch das Schicksal vieler palästinensischer Familien: Ihr Vater lebt in einen arabischen Land, nachdem er vorher in der BRD gelebt hat. Er könne nicht hierher kommen, sie könne nicht ausreisen. Ihr Bruder studiere in einem Ostblockland und könne auch nicht zurück. Ihre Mutter lebe hier und könne auch nicht ausreisen. Gründe für die Ausreiseverbote würden nicht genannt, das sei ohnehin reine Willkür.

Die Women's Work Committees (WWCs) sind eine Selbsthilfeorganisation, um Frauen weiterzubilden und ihnen bei der Lösung "sozialer Probleme" zu helfen, sprich: ihre Rolle in der Gesellschaft zu verbessern. Ein großes Problem sei die völlige ökonomische Abhängigkeit fast aller Frauen. Unter der Besatzung haben die palästinensischen Frauen keine Möglichkeit, frei zu lernen, deshalb organisieren sie die Frauen der Lager, Städte und Dörfer. Sie betreiben weiterhin Kindergärten bzw. Kindertagesstätten, aber das sei illegal. In Beach Camp sei z.B. eine Frau verhaftet worden, weil sie einen illegalen Kindergarten der WWCs geleitet hat. Nach zwei Wochen sei sie gegen $ 3500 Kaution freigelassen worden. Israelische Politik sei es, gezielt alle Selbstorganisation der Palästinenser zu zerschlagen und sie völlig von Israel abhängig zu machen. Der Kindergarten in Beach Camp sei seitdem geschlossen. Die anderen seien ständig von Schließung bedroht (fünf weitere). Pro Kindergarten würden ca. 60 Kinder betreut. Die Kinder seien drei bis fünf Jahre alt.

Die WWCs betreiben weiterhin Schulen für Frauen, die während ihrer zahlreichen Schwangerschaften nicht mehr zur Schule gingen und deshalb Nachholbedarf in Sachen Bildung hätten. Es gehe dabei um Alphabetisierung u. dgl. aber auch um Nähkurse und andere Handarbeiten. Sie haben jedoch nur eine Nähmaschine. Der Import von Nähmaschinen sei höchst kompliziert wg. Zollformalitäten, wer ihnen helfen will, solle daher lieber Geld schicken, mit dem sie selber Maschinen kaufen können.

Wir besuchten dann eine Keksfabrik der WWCs. Diese Fabrik hat viele Schwierigkeiten, weil die Israelis die besetzten Gebiete ökonomisch abhängig machen und lieber israelische Produkte verkaufen wollen. Ökonomische Unabhängigkeit der Palästinenser ist unerwünscht. Alle Betriebe müssen daher lizensiert werden, diese Fabrik arbeite ohne Lizenz. Sie schaffe aber sechs Arbeitsplätze.

Ob die Frauen Probleme mit Tendenzen zum islamischen Fundamentalismus haben? In der Praxis sei es bisher zu keinen Konflikten gekommen. Die bedeutende Rolle der Frauen für die palästinensische Nationalbewegung werden von allen anerkannt. Dies hänge aber auch von den Forderungen ab, die sie erheben. Absolute Freiheit für Frauen oder ähnliche Slogans würden sicherlich zu Konflikten führen, nicht nur wegen des Islam, sondern generell gesellschaftlich, orientalische Gesellschaften seien hier anders als europäische. Aber man müsse sehen, daß sowohl die Rolle als auch die Rechte der Frau sich in den letzten Jahrzehnten stark verbessert haben. Noch vor wenigen Jahrzehnten sei es z.B. völlig undenkbar gewesen, daß eine Frau in Gegenwart von Männern spreche (einige Männer, incl. ihr Ehemann, saßen bei dem Gespräch als Zuhörer dabei). Sie wählten eine andere Herangehensweise als radikale Sprüche, z.B. betonen die Hilfe, die sie während der Ausgangssperren für die Lager leisten, und erhöhten so ihre Position in der Gesellschaft. Vor dem Aufstand hätten viele die Rolle und Bedeutung der Frauen dafür nicht wahrgenommen.

Das Vertrauen der Bevölkerung zu den WWCs sei sehr groß. Auch durch die Tatsache, daß viele Frauen aufgrund der allgemeinen ökonomischen Lage oder aufgrund Abwesenheit, Verhaftung usw. ihrer Männer gezwungen waren, Erwerbsarbeit nachzugehen, habe die Rolle der Frau erheblich an Bedeutung gewonnen.

Die WWCs arbeiten mit den Health Care Committees zusammen, sie verteilen Medizin an Haushalte, die ihnen die WWCs angeben. Die Besatzungsmacht versuchte das häufig zu verhindern, aber das gelinge ihnen nicht. Die WWCs machen ferner Kurse in erster Hilfe, denn die Gesundheitssituation im Gazastreifen sei sehr schlecht. Sie unterstützen Familien von Verhafteten. Sie haben Tausende von Mitgliedern, müssen aber auch Tausende von Familien Verhafteter betreuen. Sie unterstützen sie z.B. mit Nahrungsrationen, insbesondere mit proteinreicher Nahrung (Linsen, Erbsen usw.), aber auch moralisch. Während Ausgangssperren müssen sie die Lager heimlich betreten, das sei sehr gefährlich. "Aber wir müssen es tun! Wir haben keine Wahl!" Sie bringen auch Milch für Babies, was ein großes Problem während der mehrtägigen oder mehrwöchigen Ausgangssperren in den Lagern sei. Wir müssen es tun, oder sollen die Leute etwa verhungern? Kürzlich habe das Militär zwei Autos mit solchen Nahrungsmittelhilfen entdeckt und daraufhin beide Autos angezündet.

Die eine Stunde, während derer in den Lagern jetzt die Ausgangssperre aufgehoben wird, reiche niemals aus, um alle Einkäufe zu erledigen (die Läden, die Nahrungsmittel verkaufen, streiken nicht den ganzen Tag). Viel Nahrungshilfe komme auch von den Palästinensern aus der Westbank und Galiläa, aber das sei verboten. Vor allem die streikenden Arbeiter bräuchten Nahrungsunterstützung. Auch UNRWA helfe, aber nur für Einzelfälle, und ihre Rationen werden immer kleiner. Arabische Staaten helfen nur via UNRWA. Auch UNRWA kann nicht während der Ausgangssperren arbeiten. Auch ihre Arbeit werde von den Israelis systematisch behindert.

Gespräch mit S., Women's Work Committees, Beach Camp, Gaza Strip

Übereinstimmende Aussagen zur Arbeit der WWCs mit dem vorhergehenden Gespräch wiederhole ich nicht. Auch in Beach Camp habe es viele Fehl- und Totgeburten gegeben, weil Schwangere Tränengas ausgesetzt wurden. Auch in Beach Camp sei kollektive Bestrafung an der Tagesordnung, Soldaten stürmten immer wieder in Häuser und schlagen die Leute zusammen und zertrümmern die Einrichtung. Ihr Nachbar sei zusammengeschlagen worden, an Händen und Füßen gefesselt worden, und mit verbundenen Augen von einem Jeep überfahren worden. Man habe ihn nach zwei Stunden schließlich am Strand gefunden, er habe viele gebrochene Knochen, sei aber wieder aus dem Krankenhaus raus, weil er es sich nicht leisten könne.

Sie berichtet von weiteren Fällen, so z.B. wurde ein Mann verprügelt, an einen Jeep gebunden und so ins Militärgefängnis gefahren. Ein anderer, Raid Shihade, starb, weil er ein Dumdumgeschoß in den Mund bekommen habe. In Beach Camp habe es sehr viele Verhaftungen gegeben. Im Gefängnis Ansar 2 nahe bei Beach Camp gebe es 700 bis 800 ständig Verhaftete, dort säßen selbst 75jährige. Im Gazastreifen habe es etwa 2250 Verhaftungen seit Aufstandsbeginn gegeben. Frauen

würden nicht verhaftet, aber geschlagen, erschossen, oder mit Tränengas attackiert. In Beach Camp sei z.B. eine 80jährige Frau an dem Gas gestorben.

Gespräch mit M., Journalist, Gaza, 31. 1. 1988

Die gesamte palästinensische Presse werde zensiert. So seien so gut wie alle Berichte über gasverursachte Totgeburten und Todesfälle herauszensiert worden. Viele palästinensische Journalisten wurden verhaftet. Viele Pressebüros wurden geschlossen. Selbst der palästinensische AFP-Korrespondent Samar Khory wurde in Jerusalem verhaftet. Viele Journalisten würden mit der Begründung verhaftet, ihre "Propaganda" sei eine Ursache des Aufstandes, dabei ginge doch alles was veröffentlich wird durch den Zensor.

Das Arabic Press Office in Gaza wurde kürzlich für ein Jahr geschlossen. Grund: "Kontakt mit Al Fatah". Dies war am 25. 1. 88. Die Journalisten arbeiten einstweilen ohne Büro weiter. Wer habe denn nun Kontakt mit Al Fatah, das geschlossene und leere Büro, oder die Journalisten? Die ganzen Schikanen hätten nur ein Ziel, nämlich die Abschaffung der freien arabischen Presse. Ähnlich sei die Lage in der Westbank. In den letzten zwei Jahren seien drei große Zeitungen ganz verboten worden. Eine neue Verordnung ermögliche es der Regierung, jetzt sogar israelische Zeitungen zu schließen.

Beispiele für Presserepression: Der Direktor der Zeitung Al Shaq wurde verhaftet. Die Verbreitung der Ostjerusalemer Zeitung El Kuds wurde außerhalb Ostjerusalems verboten, zweimal zuerst für einen Monat, dann für 45 Tage. Viele andere palästinensische Presseorgane aus Ostjerusalem wurden in den restlichen besetzten Gebieten verboten: Al Awda, Al Sharara, die Zeitung der israelischen KP usw. Ausländische Publikationen seien normalerweise nicht verboten, außer den ägyptischen, die seit Aufstandsbeginn in allen besetzten Gebieten verboten seien. Von ausländischen Publikationen würden ansonsten nur einzelne Ausgaben verboten, wie etwa kürzlich eine Newsweek-Ausgabe, die eine palästinensische Flagge auf dem Titelbild zeigte. Diese sei auch in Israel nicht verkauft worden. Im Prinzip sei alles erlaubt, aber nur deshalb, damit völlige Rechtsunsicherheit herrsche und jederzeit alles durch militärische Verordnung verboten werden könne, und genau so geschehe es. Er selbst war ein Jahr in "Administrativhaft", weil behauptet wurde, er habe ein palästinensisches Nationallied gesungen. Es seien Leute verurteilt worden wegen erfundener Sachen, Demonstrationen, Steinewerfen usw., obwohl sie zur angeblichen Tatzeit in Israel arbeiten waren. Bescheinigungen des Arbeitgebers, daß die Beschuldigten zur Tatzeit arbeiten waren, seien als gefälscht bezeichnet worden. Der Rechtsanwalt eines solchen Falles habe berichtet, der Richter habe ihm angeboten, wenn sein Mandant nicht weiter auf seiner Unschuld bestehe, sondern seine Schuld gestehe und nicht weiter Bescheinigungen vorlege, spreche er ihn frei, nur um sein Gesicht nicht zu verlieren.

Die Administrativhaft, ein altes Gesetz aus der britischen Mandatszeit, werde jetzt auch in Israel selbst angewandt. In Umm el Fahm (arab. Dorf in IL) seien zwei Palästinenser jetzt damit verhaftet worden. Das sei ein Novum seit 1965.

Er gibt folgende Zahlen:
Im Gazastreifen seien seit Aufstandsbeginn 400 bis 450 mit scharfer Munition angeschossen worden, 33 erschossen worden, 8 von Gas getötet worden, es habe 37 Fehl- und Totgeburten durch Gas in den staatlichen Krankenhäusern gegeben, die Zahlen für die UNRWA-Kliniken kenne er nicht. Mehr als 1000 krankenhausreif Geschlagene wurden in Krankenhäuser eingeliefert, manche nehmen aber Drogen, die Schmerz lindern, um nach Hause zu gehen, um Verhaftungen zu entgehen. Im Gazastreifen hat es bis zum 24. 1. 2160 Verhaftungen gegeben, bis zum 30. 1. 2250. Dabei werden nur diejenigen gezählt, die nach Ansar 2 gebracht werden. Nicht mitgezählt werden diejenigen, die in Gefängnisse bei Rafah und bei Jabaliya gebracht werden, ebensowenig diejenigen, die in Polizeistationen innerhalb der Lager verbleiben. Wenn wir wollen, kann er Namen, Alter, Verhaftungsdatum usw. aller 2250 liefern.

Was die Islamic Jihad angehe, könne ich leider nicht mit einem ihrer Vertreter sprechen, auch nicht einem anonymen. Jihad sei eine höchst geheime Organisation, man könne sie nicht treffen. Mit den PLO-Organisationen sei das anders, da sei bekannt, wer für welche Organisation mal im Knast saß. Jihad ist neu, da gibt es noch keine Ex-Verhafteten, die als Jihad-Mitglieder verhaftet wurden. Es gebe festgelegte Beziehungen zur PLO. Jihad sei nicht Teil der PLO, zumindest können sie das nicht erklären. Denn Jihad mobilisiere zusätzliche Menschen aus dem Spektrum des islamischen Fundamentalismus für den Aufstand, was sie nicht mehr könnten, wenn sie sich als Teil der PLO erklärten. Sie geben auch ihren Mitgliedern gegenüber nicht zu, Beziehungen zur PLO zu haben. Jihad schwäche aber die anderen Strömungen des islamischen Fundamentalismus, weil sie eine klare Politik gegen die Besatzung verfolgten. Es stimme, daß Israel den islamischen Fundamentalismus indirekt seit 1974 unterstützt habe, indem sie sie unbehelligt ließen. Sie ließen finanzielle Unterstützung von außen zu, erlaubten Treffen in Moscheen, Vereinigungen, ließen Prediger einreisen usw. Israel wollte damit die PLO schwächen. Das sei ihnen allerdings nicht gelungen, im Gegenteil: Jihad stärke die Politik der PLO. Diejenigen Kreise des islamischen Fundamentalismus, die die PLO ablehnen, können dabei auf keine Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen. Dies sei vorgekommen, indem solche Leute etwa andere Parolen und Slogans mit anderer Tendenz als die PLO verwendet haben. Die Bevölkerung merkt das und durchschaut das allerdings, und lehnt das ab. Dies sei ein Versuch, den Aufstand zu schwächen. Auch die Jordanier hätten keinen Einfluß im Gazastreifen, es gebe im Gazastreifen überhaupt keine politische Alternative zur PLO. Israel unterstütze heute nur noch diejenigen Kreise des islamischen Fundamentalismus, die nicht gegen die Besatzung kämpfen, die auf persönliche religiöse Reinheit statt auf politische Aktion setzen. Diese Strömungen sagen, erst wenn alle Moslems religiös rein sind, könne der politische Befreiungskampf beginnen. Alle diese Strömungen arbeiten legal und offen, und sie seien von israelischen Agenten durchsetzt. Diese säßen sogar in Führungspositionen. Ein Beispiel für deren Kollaboration seien gewisse fundamentalistisch-islamische Studentenvereinigungen an der Islamischen Universität Gaza: diese hätten z.B. schon mit Steinen auf nationalistische Demonstrationen geworfen und offen die Besatzungssoldaten unterstützt und versuchten auch, Anhänger der

nationalen Bewegung den Zugang zur Universität zu versperren. Dabei könnten sie auf israelische Unterstützung rechnen. Nur die PLO stelle für die Israelis wirklich eine Bedrohung ihrer Besatzungs- und Annektionspolitik dar.

Gespräch mit Michal Schwartz, Mitarbeiterin von "Derech Hanitzotz/Tariq al Sharara"

Dies ist eine Wochenzeitung, die seit acht Jahren besteht. Seit eineinhalb Jahren erscheint sie abwechselnd hebräisch und arabisch, davor nur hebräisch. Sie wird von Israelis und Palästinensern gemacht. Sie ist jetzt von der Schließung bedroht, weil dem Jerusalemer Distriktgericht die "generelle Linie" nicht paßt und als PLO-nahe bezeichnet wird, obwohl jede Ausgabe durch die Zensur geht. Die Zeitung braucht dringend internationale Unterstützung, sowohl politisch-moralisch wie finanziell (Schreiben an den Distriktrichter). Näheres s. Anlagen.

Adresse:
Derech Hanitzotz/Tariq al-Sharara
P O Box 1575, 14 Koresh St # 1
West Jerusalem, Israel, Tel. 00972-2-221998
(inzwischen ist die Zeitung tatsächlich geschlossen worden!)

Pressekonferenz in Ost-Jerusalem, 1. 2. 1988

Vor dem Hotel, in dem die Pressekonferenz stattfand, fuhr eine Polizeistreife demonstrativ auf. Die arabische Presse erschien dennoch zahlreich, die israelische gar nicht, sieht man von einigen kleineren Oppositionsblättern ab, ferner die Deutsche Welle.

Gespräch mit Matti Peled, MP, Progressive List For Peace

Das israelische Establishment sei vom Ausmaß und Dauer des Aufstandes schockiert. Peres rede jetzt wieder von "Westbank", nicht mehr von "Judäa und Samaria", und hat selber zugegeben, die PLO sei an Verhandlungen interessiert. Vermutlich sagt er das, weil er mit Jordanien verhandeln will, Likud das aber ablehnt, um so Likud unter Druck zu setzen. Likud wisse auch nicht, wohin. Einige Mitglieder seien ausgeschlossen worden, weil sie PLO-Kontakte hatten. Andere treten für "volle Autonomie für Land und Menschen" ein, diese wurden nicht ausgeschlossen. Sogar Shamir habe territoriale Kompromisse mit Jordanien nicht ausgeschlossen, habe dies aber nach Kritik aus der eigenen Partei wieder zurückgenommen.

In Israel gibt es zunehmenden Protest gegen die Besatzungspolitik. Rabins Politik der eisernen Faust verliert an Unterstützung. Rabin habe jetzt gesagt, Knochen brechen sei die Idee des Militärs gewesen, nicht seine, obwohl er noch vor kurzem auf einer Pressekonferenz entschlossen diese Politik verkündet habe. Die Distanzierungen vieler amerikanischer Juden haben das israelische Establishment schockiert. Zwölf jüdische Kongreßabgeordnete hätten gemeinsam beim israelischen Botschafter protestiert. Das Establishment hat keine Lösung, und versucht alle möglichen Scheinlösungen. Die massive internationale Kritik hat sie verunsichert.

Philip Habib habe nicht feststellen können, was Israel eigentlich will. Eitan, Generalstabschef während des Libanonkriegs, habe gefordert, mit Habib dürfe man nicht verhandeln, weil er arabischer Abstimmung sei. Auch die neuesten Shultz-Pläne von US-SU-israelisch-jordanischen Verhandlungen seien Scheinlösungen, abgesehen davon, daß die Sowjets sowieso nicht mitmachen.

Es sei wichtig, daß der Aufstand andauere, denn sonst würde das Palästinenserproblem sofort wieder in Vergessenheit geraten. Dieser Druck ist im Prinzip positiv und notwendig.

Die mittelfristige politische Reaktion Israels ist sehr schwierig einzuschätzen. Einerseits gibt es viele Proteste, viele drücken ihre Abscheu vor Rabins Politik der eisernen Faust aus. Aber das bedeute noch lange nicht Unterstützung für bestimmte politische Lösungen des Konflikts. Das sei auch nach Sabra und Shatila schon so gewesen: Sie haben sofort eine Protestdemonstration, aber keinen Druck für eine bestimmte politische Lösung. Jetzt hätten 400 Psychologen eine Anzeige veröffentlicht, in der sie gegen die Politik der eisernen Faust protestieren, aber in ihrer Anzeige selbst feststellen, sie träten nicht für eine bestimmte politische Lösung ein. Der Protest-Mainstream vermeide sorgfältig die Forderung nach Verhandlungen mit der PLO ohne Vorbedingungen oder gar nach einem palästinensischen Staat. Das ist immer noch "too much". Eine überwältigende Mehrheit der Israelis will im Grunde eine Pseudo-Lösung, die sich vom status quo nicht wesentlich unterscheidet. Aber wenn Israel sich nicht aus den besetzten Gebieten zurückzieht, werde die Shin Bet (Geheimdienst) die wichtigste Abteilung der Regierung werden. Es bestehe eine generelle Tendenz dazu, keine klare Position zu beziehen.

Die PLP sei gegen einen Rückzug aus den besetzten Gebieten ohne Verhandlungen. Peres habe einmal vorgeschlagen, Gaza könne nicht kontrolliert werden, deshalb solle man sich daraus zurückziehen, eine Mauer und Stacheldraht darum ziehen und den Streifen sich selbst überlassen. Das sei inhuman, 50.000 Familien leben von Arbeitsplätzen in Israel. Die PLP sei für eine politische Lösung einschließlich des Rückzugs aus den besetzten Gebieten, aber die künftigen Beziehungen zwischen den heutigen besetzten Gebieten und Israel müßten ausgehandelt werden. Man müsse auch darüber verhandeln, wie das Land halbwegs geordnet den künftigen palästinensischen Instanzen und Authorities übergeben werden solle. Die Briten hätten bei ihrem Abzug absichtlich ein Chaos hinterlassen, das sei nicht erstrebenswert.

Die israelische Gesellschaft polarisiert sich derzeit nicht im eigentlichen Sinne, sondern es finde vielmehr ein Rechtsruck statt. So etwa in der Labor Party. Diese habe heute viel mehr Falken als früher. Rabin hat vor längerer Zeit auch schon mal gesagt, er habe auch nichts dagegen, wenn er nach Hebron mit einem palästinensischem Visum reisen könne. Das sei heute undenkbar für einen Labor-Politiker. In dieser hinsicht bestehe heute kein ernsthafter Unterschied mehr zwischen Labor und Likud. Die Regierung der nationalen Einheit habe Labor massiv nach rechts gedrückt, Likud sei ganz froh, daß Rabin Verteidigungsminister ist.
Außerhalb der etablierten Parteien gebe es nur ein kleines Friedenslager: PLP und die KP. Die anderen kleineren Oppositionsparteien beschränken sich darauf, den Rechtsruck zu bremsen. Innerhalb Labor gebe es verschiedene Tendenzen, Rabin vertrete eine Politik des

Zuerst Law and Order, dann Verhandlungen über politische Lösungen, während Peres Verhandlungen auch ohne die Wiederherstellung von Law & Order bereits aufnehmen würde. Aber welche Verhandlungen? Das Volk sei verunsichert, erwarte neue Initiativen und Leadership von den Politikern, aber diese wissen auch nicht weiter. Sie wissen nur, was sie nicht wollen. Ob das nicht ein idealer Nährboden für autoritäre, antidemokratische Kräfte sei? Doch, genau das sei die jetzige Lage. Das Volk wartet auf starke Männer, auf strong leadership, wartet darauf, wie man die Lage wieder unter Kontrolle bekommen könnte, wie die besetzten Gebiete effektiver unterdrückt werden könnten. Das gehe bis hin zu Äußerungen wie die von Shlomo Gazid, Direktor der Jewish Agency, Ex-Chef des Armeegeheimdienstes, Ex-Präsident der Universität Beersheva, der erklärt habe, daß man die Palästinenser auch bei einem wachsenden Widerstand sehr wohl effektiv unter Kontrolle halten könne, die Nazis hätten in Europa gezeigt, daß dies möglich sei.

Viel zu wenige Menschen zögen leider die Konsequenz, die Verweigerungshaltung gegenüber Verhandlungen mit der PLO und einer internationalen Konferenz aufzugeben. In den USA habe eine TIME-Umfrage kürzlich gezeigt, daß 45% der Amerikaner und 35% der amerikanischen Juden diese Lösung inzwischen unterstützten, aber in Israel sei das ganz anders.

Massendeportationen, wie sie von ganz Rechten vorgeschlagen werden, hält er für nicht durchsetzbar. Allerdings nur wegen des internationalen Drucks.

Der Prozeß gegen die Teilnehmer der Gespräche mit der PLO in Bukarest gehe weiter, solange würden die anderen wegen PLO-Kontakten Angeklagten nicht vor Gericht gestellt. Dieser Prozeß gehe sowieso bis in die letzte Instanz, erst dann werde entschieden, was mit den anderen, nunmehr bereits 70, wegen PLO-Kontakten Angeklagten, passiere.

Besorgniserregend sei der Abbau demokratischer Rechte innerhalb Israels. Er nennt die vorübergehende Schließung des Alternative Information Center und die drohende Schließung von Al-Sharara. Gegen Al-Sharara gehe zwar nur ein kleiner Distriktrichter vor, aber das sei nur ein Testballon. Wenn der fehlschlage, verliert nur ein kleiner Fisch sein Gesicht. Der Abbau der civil rights gehe in kleinen Schritten vor sich.

Ob die USA Israel in eine Richtung drücken könnten, die einer tatsächlichen Lösung näherkommt, wenn sie davon überzeugt sind, daß Israels Politik letztlich den ganzen Konflikt soweit eskaliert, daß der ganze Nahe Osten aus den Fugen gerät und auch US-freundliche arabische Regime destabilisiert? Keine Anzeichen. Aber die ganze Lage ist total im Fluß, es sei schon schwierig vorauszusagen, was morgen passiert. Alles sei im Fluß.

Eine Mehrheit in Israel dachte, 1967 sei die grüne Linie aufgelöst worden. Sie müsse jetzt zur Kenntnis nehmen, daß sie nur für die Palästinenser aufgehoben wurde, das sei eine gewaltige Überraschung für Israel: die palästinensischen Israelis nehmen ihre Rechte als Staatsbürger in Anspruch, was sie lange nicht getan hätten, sie agieren innerhalb der israelischen Gesellschaft für die Rechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Sie sagen: die Juden haben ihre Sympathien für die sowjetischen Juden, wir haben unsere Sympathien für unser Volk. Die israelischen Palästinenser nehmen jetzt auch für sich demokratische Rechte in Anspruch. Wenn die israelische Regierung als Reaktion darauf zeige, daß Israel noch nicht einmal mit den Arabern innerhalb Israels koexistieren könne, sei das das Ende des Staates Israel. Es zeige sich jetzt ganz klar ein neues Bewußtsein unter den israelischen Arabern. Für die Juden sei das eine völlig neue Erfahrung.

Was er von den Vorschlägen Benvenistis hält, Annexion der besetzten Gebiete und volle Bürgerrechte für die dort lebenden Palästinenser? Er hält Benvenistis Analyse für falsch. Die schleichende Annexion der besetzten Gebiete ist nicht irreversibel. Das Land kann durchaus zurückgegeben werden. Die Präsenz der Siedler etabliert kein politisches Anrecht Israels auf diese Gebiete. In Jerusalem sehe man, wie brüchig diese schleichende Annexion sei. Man habe jahrelang geglaubt, man habe "ein Jerusalem". Ost-Jerusalem habe seit dem Aufstand überdeutlich gezeigt, daß es nicht Teil Israels sei. Kollek, der immer sehr versöhnlich getan habe, tritt jetzt dafür ein, die Läden in Ost-Jerusalem gewaltsam zu öffnen. Die Präsenz israelischer Siedler in den besetzten Gebieten hat ihren Charakter als arabische Gebiete nicht grundsätzlich geändert. Benvenisti hat politisch viel Schaden angerichtet, viel zu viele haben seine Analyse einfach übernommen, ohne sie zu hinterfragen. Annektion könne man ohne weiteres bekommen, da mache die Rechte mit, aber volle Bürgerrechte werden die Palästinenser anschließend nie bekommen, weil das das Ende des jüdischen Charakters Israels sei. Dann stünden die Palästinenser aus den besetzten Gebieten noch schlechter da. Benvenistis Analyse habe in der politischen Realität nichts genützt. Außerdem wollen weder Israelis noch Palästinenser den binationalen Staat, und wenn man von Selbstbestimmungsrecht rede, sei dies ja auch nicht ganz unwichtig. Sarid Nuseibah habe richtig festgestellt, erst sollen die Palästinenser ihren Staat haben, und dann könne man immer noch, wenn er nicht lebensfähig sei, einen gemeinsamen Staat mit gleichen Rechten diskutieren, aber nicht unter den Bedingungen der Besatzung.

Zukunft des israelisch-palästinensischen Dialogs? Bukarest und Budapest waren hauptsächlich demonstrative Veranstaltungen gegen das Verbot von PLO-Kontakten. Daß das Gesetz nicht durchsetzbar sei, habe sich inzwischen ausreichend gezeigt. Weitere Demonstrationsveranstaltungen seien überflüssig, selbst Likud-Mitglieder haben das Gesetz gebrochen (Amirav). Aber tatsächlichen Dialog, mehrtägige Veranstaltungen, an denen tatsächlich diskutiert und nicht nur Statements ausgetauscht werden, begrüße er voll und ganz, daran hätten viele Interesse und würden sich beteiligen.

Am Ende des Gesprächs stößt Muhammad Miari, MP, dazu, der ursprünglich auch von Anfang an dabei sein wollte. Er mußte jedoch nach Nablus, wo der Aufstand ganz besonders stark war an diesem Tag. Er berichtet von Übergriffen der Armee, aber auch als Abgeordneter sei man machtlos dagegen. Auch er bekomme keinen Zutritt zu Militärgerichtsverhandlungen, Gefängnissen usw. - er habe nur innerhalb Israels Zutritt. Die besetzten Gebiete sind immer nur dann Teil Israels, wenn es der Regierung nicht paßt.

Tag für Tag träfen zig Briefe und Anrufe hier ein, Hilferufe aus den besetzten Gebieten, die PLP habe alle Hände damit zu tun, Übergriffe öffentlich zu machen und den Leuten zu helfen.

Gespräch mit Tawfiq Toubi, MP, Communist Party

Alle diese ganzen Autonomieideen gehen an der eigentlichen Frage vorbei, und man könne keinen Frieden machen, ohne die Hauptfrage zu lösen. Es gebe keine humane Besatzung, das sei doch völliger Unsinn, die Besatzung sei wie alle kolonialistischen Besatzungen inhuman. Auch bei der KP treffen Tag für Tag zig Briefe und Anrufe ein mit Hilferufen aus den besetzten Gebieten. Ein Brief, der gerade eintrifft, berichtet von einem Vorfall im Flüchtlingslager Calandia zwischen Jerusalem und Ramallah. Vier Jugendliche wurden zusammengeschlagen und anschließend verschleppt. Einer sei mit verbundenen Augen in einen Brunnen geworfen worden, aus dem er sich mit letzter Kraft habe herausschleppen können und dann von Beduinen gefunden worden. Ein anderer sei in einem Wald gefunden worden, die beiden anderen seien verschwunden.

Das sei nur ein Beispiel, solche Briefe kämen täglich körbeweise. Seit Freitag ist in Nablus totale Ausgangssperre. Nablus sei ein Schlachtfeld gegen die palästinensische Bevölkerung.

Das ganze Gerede vom islamischem Fundamentalismus habe nichts mit der Realität zu tun, es gehe um Verunsicherung der Leute, die mit den Palästinensern solidarisch sind, das sei der ganze Zweck dieser Propaganda.

Wer von Lösungen redet, müsse zur Kenntnis nehmen, daß es um die Rechte der Palästinenser geht, und genau das sei der Punkt, woran bisher alle "Lösungen" gescheitert seien. Es sei doch Unfug, wenn Shamir erkläre, er wolle eine Lösung, und gleichzeitig erkläre, keinen Zentimeter Land aufgeben zu wollen. Es gebe keine andere Lösung als einen unabhängigen palästinensischen Staat neben Israel. Für die Palästinenser sei das ja ein sehr großer Kompromiß, schließlich war das mal alles ihr Land, sie sind vertrieben worden. Likud wolle im Prinzip nach wie vor alle Palästinenser aus Palästina vertreiben, und das bedeute, daß Likud Krieg gegen die Palästinenser führe, denn sonst gehe das nicht. Wie lange soll das noch so weitergehen? Israel erziehe eine Generation von Schlägern und Mördern mit seiner Besatzungspolitik, es wetteifere mit Südafrika. Palästina sei jetzt das Land zweier Völker geworden. Der UNO-Teilungsplan habe ein Israel vorgesehen, das erheblich kleiner als seine Grenzen nach 1948 ist. Doch damals war die Weltmeinung für Israel. Jetzt ist sie gegen Israel. Innerhalb Israels habe sich das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Strömungen (noch?) nicht geändert. Das habe zweierlei Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft:

- Nach 20 Jahren Besatzung habe sich in der israelischen Gesellschaft Reaktion, faschistische Tendenzen, Militarismus immer mehr ausgebreitet. Es könne heute offen über Massendeportationen geredet werden. Die israelische Demokratie sei von Rassismus und faschistischen Elementen bedroht. Das sei eine direkte Folge der Besatzungspolitik.

- Gleichzeitig erkennen dies immer mehr Menschen und erheben ihre Stimme dagegen. Viele wollen nicht länger hinnehmen, daß die israelische Gesellschaft immer mehr verrohe. Die Zeitungen seien voll solcher Stimmen, erst am Freitag sei eine mutige Anzeige von 500 Psychologen erschienen, die sich gegen die Besatzung wenden.

Das Kräfteverhältnis zwischen dem Friedenslager und den Kräften des Zionismus habe sich allerdings noch nicht verändert. Bedauerlicherweise verfolge auch Labor immer mehr eine Likud-Politik. Der Labor-Abgeordnete Prof. Rubinstein, der aus dem Kabinett zurücktrat, als Shamir Premier wurde, habe jetzt einen kritischen Artikel über die Labor-Politik geschrieben. "Wäre Sharon jetzt Verteidigungsminister und betriebe er dieselbe Politik wie Rabin jetzt, Labor wäre empört - jetzt seid ihr ruhig und haltet das Land ruhig. Likud allein hätte sich diese Politik der eisernen Faust nicht getraut", so Rubinstein. Der Ex-Labor-Minister Ben Aharon (82 Jahre) habe vor zwei Wochen einen sehr kritischen Artikel veröffentlicht gegen die Politik seiner Partei. Die Politik der eisernen Faust sei "ein Verbrechen gegen alle unsere Ideale, ich schäme mich" so Aharon. Aharon sei aber auch pessimistisch, daß Labor das nochmal ändern kann, die Veränderungen in der Partei seien schon sehr tiefgreifend. "Vielleicht brauchen wir jemanden, der uns vor uns selbst rettet", so Aharon (nachzulesen in der Zeitung Dafar, 22. 1. 1988). Die Großmächte müßten Israel vermutlich eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts aufzwingen.

Labor glaube, seine Stammwähler seien sicher, und sie könnten mit ihrer Politik um die rechten Wechselwähler werben. Labor spreche eine deformierte Likud-Sprache - aber die Wähler würden damit erst recht Likud wählen, nicht die Kopie. Das ganze Klima, das Labor mitverursache, nütze nur den Rechten, Likud und den Rechtsextremen und den Ultrareligiösen.

Shamir wolle eine internationale Konferenz als Cover für Verhandlungen mit Hussein, aber ohne PLO, ohne überhaupt über die Möglichkeit eines palästinensischen Selbstbestimmungsrechts zu verhandeln. Das seien alles Ablenkungsmanöver vom Kern des Problems.

Eine unilaterale Lösung, ohne Verhandlungen, sei abzulehnen, weil das den Palästinensern wieder eine israelische Politik aufzwinge. Die palästinensischen Israelis würden große Aktivitäten entwickeln. Am 23. 1. sei in Tel Aviv eine große Demo von Peace Now mit 80.000 Menschen gewesen, gleichzeitig eine in Nazareth von 50.000. Peace Now und die israelischen Araber aus Nazareth hätten Redner für ihre Kundgebung ausgetauscht. Auf der Tel Aviver Kundgebung habe Sali Reshef, ein wichtiger Repräsentant von Peace Now, erstmals gefordert: beendet die Besatzung, und sich für die Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts eingesetzt. Dasselbe habe der Peace Now-Vertreter auf der Nazarether Kundgebung getan. Auch Mapam spreche jetzt auf einmal vom palästinensischen Selbstbestimmungsrecht und trete für Verhandlungen mit palästinensischen Vertretern ein, und zwar "wer auch immer auf palästinensischer Seite bereit sei, Israel anzuerkennen und mit Israel zu verhandeln".

Warum die Opposition jetzt nicht stärkere Bemühungen um Einigkeit unternehme - die Palästinenser seien doch hier ein gutes Vorbild? Da sei die Lage ja anders, die leben unter der Besatzung. Wir können nicht alle Parteien auflösen, es gebe weiter erhebliche ideologische Unterschiede. Die KP sei nicht zionistisch, Ratz und Mapam seien zionistisch. Diese beiden würden dennoch wieder getrennt kandidieren. In der Knesset arbeite man ganz gut zusammen. Die PLP sei gar keine Partei, ihr jüdischer Teil sei auch zionistisch. Peled und Avneri würden selber zugeben, sie seien Zionisten. Aber ihre Politik sei doch nicht zionistisch, fragt Jakob - ja gut, bezüglich der Palä-

stinenser vielleicht nicht, aber der Zionismus sei ja mehr als eine bestimmte Politik gegenüber den Palästinensern. Die ganze Ideologie um Israel als Zentrum des Judentums, daß Israel die Heimstatt aller Juden sei, das führe doch letztlich zu genau dem Konflikt, vor dem man heute stehe. Die KP sage, die Juden müßten für ihre Rechte in dem Land kämpfen, in dem sie leben, dort Antisemitismus bekämpfen, zusammen mit demokratischen Kräften. Die KP lehne das Konzept "Israel als jüdischer Staat" ab, denn das bedeute automatisch die Diskriminierung der hier lebenden Nichtjuden. Es gebe keinen progressiven, zivilisierten Zionismus. Zionismus heiße Beschlagnahmung arabischen Lands und Vertreibung der Palästinenser. Wenn es viele Kräfte gibt, die jetzt gegen die Besatzung kämpfen, weil sie erkennen, daß eine Fortsetzung der Besatzungspolitik den Zionismus letztlich selbst gefährde, dann kooperiere die KP mit ihnen trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Zionismus.

Mapam und Ratz propagieren keinen palästinensischen Staat. Die PLP sei immer für das Camp David-Abkommen gewesen, das gegen die PLO und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gerichtet gewesen sei. Sie erkennen heute, daß dies ein Fehler gewesen sei.

Man sehe als, es verändere sich etwas in gewisser Weise in der Israelischen Gesellschaft. Sogar die Freunde Israels merken, daß sie keine andere Wahl haben als Israel zu sagen, daß es so nicht weitermachen könne. Auch die Meinung der US-Juden ändere sich, nicht nur Woody Allen.

Gespräch mit einer High School Students Group Against Military Service, Tel Aviv, 2. 2. 1988

Ein Teil der Gruppe arbeitet gegen Militärdienst in den besetzten Gebieten, ein anderer ist prinzipiell pazifistisch und ist gegen Militärdienst überhaupt. Sie arbeiten hauptsächlich daran, daß Jugendliche in zunehmendem Ausmaß sich der Politik in den besetzten Gebieten durch KDV entziehen.
Kontaktadresse: Avi Pitchon, Ostrovsky 31, Ra'anana 43000, Israel.

Ein Anhang mit Artikeln aus Al Fajr - Jerusalem Palestinian Weekly, Jerusalem Post, und diversen Infos des Alternative Information Center und Derech Hanitzotz-Tariq al-Sharara (alles English) kann im Archiv der Bundesgeschäftsstelle (Colmantstr. 36, D-5300 Bonn 1) bezogen werden.

GRÜNE fordern friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes

Einstimmig verabschiedete Resolution des Bundeshauptausschusses der GRÜNEN auf seiner Sitzung am 23./24. 1. 1988 in Bonn

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit richtet sich in diesen Wochen auf den anhaltenden Aufstand des palästinensischen Volkes in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten und die brutalen Unterdrükkungsmaßnahmen der israelischen Besatzungsmacht. Jeden Tag sterben im Gazastreifen und in der Westbank Palästinenser durch die israelische Besatzungsmacht. Seit Anfang Dezember sind nunmehr über 70 Todesopfer in den besetzen Gebieten und den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon, die israelischen Luftangriffen ausgesetzt sind, zu beklagen. Seit einem Monat schießen israelische Soldaten aus nächster Nähe palästinensische Jugendliche nieder, schlagen demonstrierende Schüler bis zur Bewußtlosigkeit zusammen, verschleppen Verletzte aus Krankenhäusern, sperren tausende Jugendliche in eilig errichtete Internierungslager und verurteilen sie in Schnellverfahren vor Militärgerichten. Die Zahl der Verletzten hat 1000 längst überschritten. Völkerrechtswidrig werden Palästinenser aus den besetzten Gebieten in den Libanon abgeschoben.

Dreimal mehr israelische Soldaten als zur Zeit der Eroberung 1967 stehen gegenwärtig im Gazastreifen, doppelt soviele sind es in der Westbank. Diese Einheiten stehen einer Generation gegenüber, die nichts anderes kennengelernt hat als die israelische Besatzung.

Militärische Besatzung und demokratische Freiheiten erweisen sich auch innerhalb Israels als unvereinbar; die Repression gegen die israelische Opposition nimmt zu. Israelis, die sich beispielsweise mit PLO-Vertretern treffen oder deutliche Kritik am israelischen Vorgehen in den besetzten Gebieten üben, werden vor Gericht gestellt.

Diese fortgesetzten Gewaltakte einer bewaffneten Besatzungsmacht gegen unbewaffnete Zivilisten ist Folge der sturen Weigerung Israels, sich an einer friedlichen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts zu beteiligen. Es wird keine Lösung dieses Konflikts geben, solange dem palästinensischen Volk seine legitimen Rechte mit Gewalt vorenthalten werden. Auch wenn es Israel gelingen sollte, den Aufstand militärisch vorübergehend einzudämmen, wird er weiterschwelen und immer wieder aufbrechen. Kein Volk läßt sich auf Dauer unterdrücken.

Wenn Israel den Status quo mit Gewalt aufrechterhalten will und sich weiterhin weigert, mit der PLO als der legitimerten Vertretung der Palästinenser im internationalen Rahmen über den Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Verwirklichung der palästinensischen Selbstbestimmung ernsthaft zu verhandeln, werden Verhältnisse unvermeidbar sein, die an Südafrika erinnern.

Ob es zu einer dauerhaften friedlichen Lösung und einem gerechten Interessenausgleich kommen wird, hängt auch vom Druck Westeuropas und der USA ab. Die Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik und Italiens sowie inzwischen selbst der USA im UN-Sicherheitsrat zu den Resolutionen für die Rechte der Palästinenser und gegen die israelische Besatzungspolitik kann daher nur der Anfang sein für klare Worte und entschlossene Taten Westeuropas und der USA (Beendigung der militärischen Zusammenarbeit).

DIE GRÜNEN unterstützen daher alle Bestrebungen für eine friedliche, politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und treten ein
- für die Anerkennung der PLO als die legitimierte Vertretung des palästinensischen Volkes durch Israel ebenso wie durch die Bundesregierung;
- für den vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten der Westbank, einschließlich Ost-Jerusalems, und aus dem Gaza-Streifen;
- für eine internationale Friedenskonferenz unter Einschluß aller Beteiligten, einschließlich Israels und der PLO sowie der ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder;
- für das Selbstbetimmungsrecht des palästinensischen Volkes und einen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen;
- für die Anerkennung Israels durch die PLO und die arabischen Staaten.

Unsere Solidarität und Unterstützung gilt daher dem Kampf der Palästinenser für ihre legitimen Rechte ebenso wie der israelischen Friedensbewegung und dem israelisch-palästinensischen Dialog.

* * *